

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

91. Sitzung
19. November 2025

Beginn: 10.01 Uhr
Schluss: 18.33 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, zu Tagesordnungspunkt 5 – Stichwort: Fortsetzung der Haushaltsberatungen – seien folgende Änderungsanträge zum Einzelplan 06 eingegangen: Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BG –, Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 BJ – sowie zum Einzelplan 05 Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – roten Nr. 2400 BH sowie Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 BI. Die Änderungsanträge der Fraktion Die Linke lägen zur Restelesung vor. Tischvorlagen lägen nicht vor.

Der **Ausschuss** stimmt den Ergänzungen und Änderungen der Tagesordnung aus den beiden vorliegenden Mitteilungen zur Einladung zu.

Finanzen – 15

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 1 gegen 13 Uhr nach dem Tagesordnungspunkt 5 – Stichwort: Fortsetzung der Haushaltsberatungen – aufgerufen werde.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	2234
Drucksache 19/2382	Haupt
Temporäres Denkmal am zukünftigen Standort des deutsch-polnischen Hauses	BuEuMe

Der **Ausschuss** empfiehlt ohne Aussprache dem Abgeordnetenhaus, den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 19/2382, gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien anzunehmen. Es werde Dringlichkeit empfohlen.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 2 A nach der zweiten Lesung des Einzelplans 05 vor dem Tagesordnungspunkt 6 aufgerufen werde.

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – 07

Punkt 3 der Tagesordnung

Schreiben SenMVKU – II C 2 – vom 22.10.2025	2493
Verlagerung eines Teils der qualifizierten Sperre bei Kapitel 0720/Titel 54031	Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) erkundigt sich, wie die SenMVKU den Umfang der Brunnenarbeiten 2026 hinsichtlich Kapazitäten, Ressourcen und Kosten einschätze. Sei damit zu rechnen, dass ähnlich viele Landes- wie Bundesbrunnen instand gesetzt würden?

Frauke Bathe (SenMVKU) erläutert, dass der Bund 2025 zusätzliche 2 Mio. Euro bereitgestellt habe und daher die Bundesbrunnen priorisiert worden seien. Die Berliner Wasserbetriebe – BWB – hätten 2025 die Komplexkontrollen vollständig durchgeführt, aktuell laufe die zweite Runde zur Winterfestmachung. Für aufwendigere Instandsetzungsmaßnahmen hätten die BWB Fremdfirmen über einen Rahmenvertrag im Sommer beauftragt. Trotz dieser Unterstützung seien die Mittel für die Landesbrunnen 2025 nicht vollständig verausgabt worden. Ab 2026 solle der Instandhaltungsrückstau gemäß Rahmenvereinbarung kontinuierlich abgearbeitet werden, sodass bis Ende 2026 deutlich mehr Bundes- und Landesbrunnen repariert bzw. instand gesetzt sein würden.

Oda Hassepaß (GRÜNE) möchte wissen, welche Sanierungsmaßnahmen im Bereich Rothenbachstraße in Pankow konkret durchgeführt würden.

Frauke Bathe (SenMVKU) bittet darum, die Antwort schriftlich nachreichen zu dürfen.

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) erklärt, dass der zuständige Kollege nicht anwesend sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Antwort schriftlich nachgeliefert werde.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2493 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenMVKU – III B 3-21 – vom
11.11.2025

**Zuführung zusätzlicher Mittel und Antrag auf Auf-
hebung der qualifizierten Sperre mit Teilausgleich
beim Kapitel 0700 / Titel 88401**

[2501](#)

Haupt

Vertrauliche

Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um ein vertrauliches Schreiben handle. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

André Schulze (GRÜNE) weist darauf hin, dass zur Gegenfinanzierung ein Teil der SIWA-Mittel aus der geplanten Zustiftung für den Comenius-Garten entnommen worden sei. Wie sei der aktuelle Stand der Stiftungsgründung? Würden diese Mittel für den Stiftungszweck nicht mehr benötigt, oder habe die Entnahme Auswirkungen auf die Pläne des Comenius-Gartens?

Dr. Christine van Deuren (SenMVKU) bestätigt, dass die Mittel für den Comenius-Garten nicht mehr benötigt würden.

André Schulze (GRÜNE) wiederholt seine Frage nach dem Stand der Stiftungsgründung.

Dr. Christine van Deuren (SenMVKU) sagt zu, die Antwort schriftlich nachzureichen.

Kristian Ronneburg (LINKE) kündigt an, weitere Fragen schriftlich nachzureichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass die Fragen bis zum 21. November 2025, 12 Uhr vorliegen müssten.

Steffen Zillich (LINKE) stellt die Frage, ob die stiftungsrechtlichen Voraussetzungen zum Vermögenserwerb vorlägen. Die Stiftung Naturschutz sei in der Vergangenheit mehrmals aus dem Landeshaushalt unterstützt worden. Vor diesem Hintergrund bitte um eine Einschätzung, ob die Entnahme der Mittel aus dem Stiftungsvermögen für den Hauskauf den Stiftungszweck tangiere oder beeinträchtige.

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) führt aus, durch den Immobilienkauf solle die bestehende Mietlösung ersetzt und die Arbeit der Stiftung langfristig gesichert werden. Der Stiftungszweck werde dadurch nicht tangiert; die aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen seien selbstverständlich erfüllt.

Dr. Christine van Deuren (SenMVKU) ergänzt, die fachaufsichtliche Prüfung habe die Bindung des Stiftungskapitals in einer Immobilie als zulässig und wertsteigernd bewertet.

Steffen Zillich (LINKE) äußert die Vermutung, dass auch noch die Stiftungsaufsicht die Entnahme aus dem Stiftungskapital genehmigen müsse. – Werde die übliche Finanzierungstätigkeit der Stiftung im Rahmen ihres Zwecks durch die Bindung des Stiftungskapital für den Hauskauf beeinträchtigt?

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) bekräftigt, der Immobilienerwerb diene der Sicherung der Stiftungsarbeit. Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung beinhalte einen Vergleich von Miet- und Kaufkosten unter Berücksichtigung der Aufgabenerfüllung. Die Einbindung der Stiftungsaufsicht sei erst zum Zeitpunkt des unmittelbaren Erwerbsvorgangs sinnvoll.

Dr. Christine van Deuren (SenMVKU) fügt hinzu, dass der Stiftungsrat am 7. Juli 2025 über den Erwerb der Immobilie abgestimmt habe.

Steffen Zillich (LINKE) konstatiert, die Stiftung Naturschutz finanziere ihre Arbeit aus dem Stiftungskapital und durch Zuwendungen. Ein Teil des Stiftungskapitals sei für den Hauskauf genutzt worden. Wie werde diese Entnahme ausgeglichen?

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) wiederholt, dass die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einen Vergleich von Miet- und Kaufkosten über den relevanten Zeitraum beinhalte. Zusätzlich müsse gewährleistet sein, dass die Erfüllung der Stiftungsaufgaben gesichert bleibe; eine leere Hülle ohne funktionsfähige Arbeit sei nicht sinnvoll.

Steffen Zillich (LINKE) stellt heraus, dass er die Grundannahme des Staatssekretärs, wonach stets sinnvolle Lösungen umgesetzt würden, nicht teile. – Sei ein Verzicht auf Finanzierungstätigkeiten der Stiftung im Sinne der Aufgaben, die bisher finanziert worden seien, einkalkuliert worden? Die Frage könne auch schriftlich beantwortet werden.

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) vermutet, dass der betreffende Teil des Stiftungskapitals zuvor wertsteigernd angelegt gewesen sei und nun stattdessen in die Immobilie investiert werde.

Dr. Christine van Deuren (SenMVKU) bestätigt diese Vermutung.

Steffen Zillich (LINKE) stimmt zu, dass dieses Vorgehen wirtschaftlich sein könne, bittet aber weiterhin um eine schriftliche Beantwortung seiner Frage.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Der **Ausschuss** stimmt dem vertraulichen Schreiben rote Nr. 2501 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2026/2027 (2. Lesung)

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [2400](#)
Drucksache 19/2627 Haupt(f)
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

hierzu:

**Austauschseiten im Band 7 – [2400-1](#)
Drucksache 19/2627-1 Haupt
Kapitel 0730, Titel 52135 und 54059**

Mitberaten werden:

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [2401](#)
Drucksache 19/2626 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2025 bis 2029
(überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Bericht SenFin – Fin II B 13 WT – vom 25.08.2025 [2400 A](#)
IKT-Titelliste 2026/2027 Haupt
- c) Bericht SenFin – II B 13 WT – vom 27.08.2025 [2400 B](#)
FM-Titelliste 2026/2027 Haupt
- d) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 12 – vom [2222 B](#)
12.06.2025 Haupt
Kreditermächtigungen gemäß § 3 Abs. 3
BerlSchuldenbremseG für die Jahre 2025 und 2026
für die als Extrahaushalte eingestuft
Landesunternehmen
hier: Nachfragen zur Kredithöhe zum 31.12.2024
sowie zur BEN
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) Vertrauliche
Beratung
- e) Bericht SenFin – Fin II B Ne – vom 21.08.2025 [2379](#)
Bericht zu doppelt veranschlagten Haupt
Verpflichtungsermächtigungen für den
Doppelhaushalt 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025)

- f1) Bericht SenFin – II A – vom 15.06.2025
Möglichkeiten der Schuldenaufnahme für den Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
[1872 C](#)
Haupt
- f2) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 28.07.2025
Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024 und 65. Sitzung vom 04.09.2024)
[1872 D](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- f3) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 02.10.2025
Entwurf des Klimapakts 2025-2030 – Gemeinsame Erklärung des Landes Berlin und bedeutender Landesunternehmen zur beschleunigten Erreichung ihrer Klimaschutzziele
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 17.09.2025)
[1872 E](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- g) Bericht SenFin – II B Ne – vom 17.08.2025
Budgetübersichten nach Politik- und Querschnittsfeldern für den Haushaltsplanentwurf 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
[2376](#)
Haupt
- h) Bericht SenFin – Fin II LIP 6 / II BfdH (V) – vom 20.08.2025
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)
Controlling 2025 (Statusbericht)
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025)
[2377](#)
Haupt
- i) Bericht SenFin – II F 24 – vom 03.09.2025
Neue Praxis zur Veranschlagung von Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025)
[1905 H](#)
Haupt

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses Recht vom 08.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027** [2400 V](#)
Haupt
- b) **Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06** [2400 BG](#)
Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
- c) **Änderungsanträge der AfD-Fraktion Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06** [2400 BJ](#)
Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) **Vertraulicher Bericht SenJustV vom 20.10.2025 An- und Abmietungen hier: Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz** [2442 E](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um einen vertraulichen Bericht handle und gegebenenfalls Vertraulichkeit hergestellt werden müsse.

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den vertraulichen Bericht rote Nr. 2442 E zur Kenntnis.

- b) **Bericht SenJustV vom 28.10.2025 Vergleich des Haushalts 2024/2025 zum Entwurf 2026/2027 hier: Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz** [2455 F](#)
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)
(a) und b) in der 88. Sitzung am 05.11.2025 zur 2. Lesung des Einzelplans 06 zurückgestellt)

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, welche Hitzeschutzmaßnahmen 2024 und 2025 finanziert worden seien und nun wegfielen. Wie solle es mit dem Campus Moabit weitergehen, nachdem die Zielplanung für dessen Entwicklung gestrichen worden sei?

Marian Grellman (SenJustV) erklärt, Hitzeschutz sei auch für die Justiz ein relevantes Thema, wobei die BIM für die Liegenschaften zuständig sei. Klimaschutzmittel würden weiterhin eingesetzt, zum Beispiel durch Vertikallamellen in Sitzungssälen der Landgerichte und geplante Außenverschattungen. Ihm sei nicht bekannt, dass bereits bewilligte Mittel gestrichen

worden seien; im Zuge der Auflösung der pauschalen Minderausgaben seien jedoch Mittel in der Anmeldung entfallen. Weitere Hitzeschutzmaßnahmen würden weiterhin verfolgt.

Zum Campus Moabit: Die veranschlagten Mittel seien größtenteils zur Auflösung der pauschalen Minderausgaben herangezogen worden. Dadurch habe die BIM kein Gesamtkonzept erstellen können; stattdessen sei ein Sanierungsfahrplan entwickelt worden. Dabei sei akuter Sanierungsbedarf an Teilgebäuden des Kerncampus, Turmstraße 91, insbesondere Haus D, festgestellt worden. SenJustV befinde sich in Abstimmung mit SenFin und BIM, um die Sanierung im laufenden Betrieb voranzubringen.

Tonka Wojahn (GRÜNE) bittet darum, dass nach Abschluss der Abstimmung ein Bericht über die Entwicklung des Campus Moabit vorgelegt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch fest.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) bittet darum, den Berichtsauftrag zu präzisieren.

Tonka Wojahn (GRÜNE) konkretisiert, dass der Bericht die geplanten Sanierungsmaßnahmen am Campus Moabit darstellen möge.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) schlägt vor, den Bericht bis zur letzten Sitzung vor der Sommerpause vorzulegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht rechtzeitig zur Sitzung am 24. Juni 2026 vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2455 F zur Kenntnis.

- | | | |
|----|---|-----------------------------|
| c) | Bericht SenJustV vom 28.10.2025 | <u>2470</u> |
| | Zuwendungsprojekte | Haupt |
| | hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU | |
| | (Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) | |

Tonka Wojahn (GRÜNE) bittet darum, dass die Tabelle auf Seite 6 des Berichts als Excel-Datei zur Verfügung gestellt werde.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) sagt zu, die Tabelle nachzureichen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2470 zur Kenntnis.

- d) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 2 - gesetzlich gebundenen und nicht ge-
setzlich gebundenen Mittel
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Tonka Wojahn (GRÜNE) bittet darum, dass eine titelscharfe Darstellung der gesetzlich gebundenen und nicht gesetzlich gebundenen Mittel vorgelegt werde.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) weist darauf hin, dass eine solche Darstellung bereits im vorliegenden Bericht enthalten sei.

Tonka Wojahn (GRÜNE) merkt an, dass die Entwicklung des prozentuellen Anteils nicht ersichtlich sei.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) erklärt, dass sich der prozentuelle Anteil aus den aufgeführten Titeln berechnen lasse und die Frage somit bereits beantwortet sei.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, ob die genannten Titel vollständig gesetzlich gebunden und daher nicht mehr veränderbar seien.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) bestätigt dies.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Berichtsauftrag damit erledigt sei.

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 2 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

- e) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 3 – Tarifmittel und Kofinanzierungen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) hebt hervor, dass durch den Wegfall des Zuschusses an die Verbraucherzentrale in den Bereichen Ernährung und wirtschaftlicher Verbraucherschutz auch die 50-prozentigen Bundes-Kofinanzierung wegfalle. Dadurch gerate die Verbraucherzentrale massiv unter Druck und müsse Tätigkeiten einstellen. Außerdem seien keine Tarifmittel eingeplant worden. Diese Kürzungen gingen zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) hebt hervor, dass man sich hinsichtlich der Bedeutung der Verbraucherzentrale einig sei. Im Einzelplan 06 liege der Anteil gebundener Ausgaben bei circa 97 Prozent. Dennoch sei sie zuversichtlich, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen Verbesserungen für die Verbraucherzentrale erreicht werden könnten.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) weist darauf hin, dass zwar Projektmittel gekürzt worden seien, die institutionelle Förderung in Höhe von 2,1 Mio. Euro jedoch gesichert sei. Das unterstreiche die Wichtigkeit der Verbraucherzentrale für SenJustV.

Tonka Wojahn (GRÜNE) erinnert daran, dass von der Kürzung von 1,4 Mio. Euro auch Projekte am zweiten Standort betroffen seien; sei dessen Zukunft gesichert?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, nach aktuellem Stand seien von den Kürzungen einzelne Projekte betroffen, die allgemeine Verbraucherschutzberatung bleibe weitgehend erhalten – auch am zweiten Standort.

Tonka Wojahn (GRÜNE) betont, dass der zweite Standort projektfinanziert gewesen sei und Mitarbeitende bereits an den Hauptstandort versetzt worden seien, da für den zweiten Standort keine Personalmittel zur Verfügung gestanden hätten. Wie solle der zweite Standort künftig gesichert werden?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) bekräftigt, dass die Verbraucherzentrale selbst erklärt habe, dass der zweite Standort nicht infrage stehe. Die Absicherung erfolge weiterhin durch Mitarbeitende des Hauptstandorts sowie externe Honorarkräfte für die Energieberatung.

Tonka Wojahn (GRÜNE) stellt die Frage, wie die Kofinanzierung gesichert werden könne, wenn keine Landesmittel vorgesehen seien. Ihre Fraktion vermisse diesbezüglich auch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 3 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 4 – Tarifierungen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)
- b) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 5 – Mittel des Sicherheitsgipfels 2023
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nrn. 4 und 5 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- c) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 6 und 50 – Sondervermögen des Bundes
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) Haupt

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, welche Projekte aus der Investitionsplanung in das Sondervermögen übergangen und welcher Mittelumfang dadurch in der Investitionsplanung frei werde. Welche Maßnahmen könnten nach vorne rücken und bald beginnen?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) zeigt sich erfreut, dass vier Maßnahmen aus dem Einzelplans 06 im Sondervermögen berücksichtigt würden: Umbau und Grundsanierung der Teilanstalt III der JVA-Tegel, Zuschuss für das Landeslabor Berlin-Brandenburg, Förderung des Informationsmanagements in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie Beschaffungen zur IT-Infrastruktur. Die Umsetzung werde aktuell senatsintern abgestimmt.

Tonka Wojahn (GRÜNE) kritisiert, dass das Sondervermögen im Bericht nur in einer kurzen Fußnote erwähnt werde. Ihre Fragen zum Zeitplan und zum freigewordenen Mittelumfang seien noch unbeantwortet.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) erklärt, die Entscheidung sei gefallen, dass die vier genannten Maßnahmen im Sondervermögen berücksichtigt würden. Weitere Angaben – insbesondere zu Zeitplan und Mittelumfang – könne sie derzeit nicht machen.

Der **Ausschuss** nimmt die Nrn. 6 und 50 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 BJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 BJ ab.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 7 – Geschäftsprozessoptimierung
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 7 des Berichts der roten Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 8 und 9 – Dienstleistungen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Tonka Wojahn (GRÜNE) erkundigt sich zu Bericht 8, Teilansatz 7 – Forensische Datenanalyse –, ob die Idee der Anti-Korruptions-Arbeitsgruppe weiterverfolgt werde. – Bis wann sei die Digitalisierung der Datenbestände abgeschlossen? Wie werde dies finanziert?

Außerdem frage sie zu Teilansatz 9 – Innovationszentrum Legal Tech –, wie sich die Reduzierung von kostenpflichtigen Teststellungen und prototypischen Entwicklungen auf das Innovationszentrum auswirke.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) erklärt, für eine forensische Datenanalyse sei ein geeigneter, vollständig digitalisierter Datenbestand erforderlich. In der Justiz liege dieser aktuell nicht vor, sondern es gebe unterschiedliche Datentypen, die zunächst zusammengeführt werden müssten, weshalb derzeit keine sinnvolle forensische Datenanalyse möglich sei.

Das Innovationszentrum Legal Tech fokussiere sich auf die Erprobung und Bereitstellung innovativer IT-Anwendungen. Einige KI-Tools seien in der Justiz bereits im Einsatz, etwa zur Komplexitätsreduzierung und zur Automatisierung von Datenbeständen. Die Aktivitäten sollten 2026 und 2027 fortgeführt werden. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung seien kostenpflichtige Teststellungen und prototypische Entwicklungen künftig nur eingeschränkt möglich. Ein Mindeststandard an Weiterentwicklungen und Tools bleibe aber gewährleistet.

Tonka Wojahn (GRÜNE) wiederholt ihre Fragen, bis wann vollständig digitalisierte Datensätze vorlägen und ob dafür Mittel eingestellt worden seien.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) erklärt, sie könne keinen Zeitpunkt nennen, wann eine valide Datenbasis vorliegen werde, da dies von weiteren Digitalisierungsprojekten in der Justiz abhängen. Die aktuelle Haushaltsstreichungen hätten keine Auswirkungen auf den Zeitplan.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, ob dazu ein Bericht vor der Sommerpause vorgelegt werden könne.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) lehnt einen Bericht vor der Sommerpause ab.

Der **Ausschuss** nimmt die Nrn. 8 und 9 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025	2495
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06	
<u>hier: lfd. Nr. 10 – Veranstaltungen</u>	
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)	

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache die Nr. 10 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 BG
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06	Haupt
lfd. Nr. 2	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025	2495
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06	
<u>hier: lfd. Nr. 11 – Childhood-House</u>	
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)	

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 11 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 12 – Pauschale Minderausgaben
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Tonka Wojahn (GRÜNE) bemängelt, dass im Bericht die Frage zur ungewöhnlich hohen pauschalen Minderausgabe im Einzelplan 06 nicht ausreichend beantwortet worden sei. Habe SenJustV höhere Einsparvorgaben als andere Ressorts, oder sei der hohe Anteil gebundener Mitteln dafür verantwortlich? Gehe SenJustV davon aus, dass die Mittel für die Zuwendungsprojekte vollständig verausgabt würden, oder sei 2026/2027 mit Haushaltssperren zu rechnen?

Wie werde verfahren, wenn bestimmte Titel durch Zuwendungsanträge bereits ausgeschöpft seien, da laut Bericht erst im Laufe des Haushalts 2026/2027 entschieden werde, welche Kapitel bzw. Titel zur PMA herangezogen würden?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) hebt hervor, dass auch andere Ressorts mit einer hohen PMA belegt worden seien, die Vorgehensweise jedoch unterschiedlich sei. Nach aktuellem Stand gehe SenJustV davon aus, dass alle vorgesehenen Zuwendungsmittel ausgereicht werden könnten. Welche Titel letztlich zur PMA herangezogen würden, könne sie noch nicht sagen.

Tonka Wojahn (GRÜNE) bittet darum, dass ein Bericht zur Auflösung der PMA bis Ende des ersten Quartals 2026 vorgelegt werde.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) sagt zu, dass ein Bericht bis zum dritten Quartal 2026 erarbeitet werden könne.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, ob ein Zwischenstand vor der Sommerpause vorgelegt werden könne.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) sagt das zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass bis zur Sitzung am 24. Juni 2026 ein Zwischenstand zur Auflösung der PMA vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 12 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ohne Aussprache ab.

Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Verbraucherschutz – (LINKE)

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenJustV – V A Jur – vom 16.10.2025 [2195 T](#)
Verwaltungsmodernisierung konkret Haupt
hier: weitere Zielvereinbarungen und
gesamstädtische Steuerung der Senatsverwaltung
für Justiz und Verbraucherschutz
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)
- b) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: **lfd. Nr. 13 – Landestierschutzbeauftragte*r**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht rote Nr. 2195 T und die Nr. 13 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

- c) Bericht SenJustV – VB 13 – vom 03.11.2025 [2008 B](#)
Wirtschaftsplan 2026 Haupt
Verbraucherzentrale Berlin e.V.
gemäß Auflage A. 8 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/25

Kristian Ronneburg (LINKE) weist darauf hin, dass im Wirtschaftsplan der Verbraucherzentrale bereits seit 2024 ein Delta verzeichnet sei, das in den kommenden Jahren auf über 1,5 Mio. Euro anwachsen werde. Die Kürzungen führten zum Wegfall von Programmen sowie zu erheblichen Einsparungen beim Personal. Dies werde die Fehlbeträge 2026 und 2027 weiter erhöhen. Er appelliere daher an den Senat und die Koalitionsfraktionen, im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Nachsteuerung zugunsten der Verbraucherzentrale vorzunehmen.

men. In diesem Zusammenhang mache er darauf aufmerksam, dass der Regierende Bürgermeister für heute einen Besuch bei der Verbraucherzentrale angekündigt habe.

Tonka Wojahn (GRÜNE) bittet darum, dass der Rückgang des Anlagevermögens und der liquiden Mitteln erläutert werde. Laut des Wirtschaftsplans der Verbraucherzentrale seien personelle Anpassungsmaßnahmen erforderlich. Wie viele Stellen beabsichtige SenJustV zu streichen, obgleich die Verbraucherzentrale ohnehin unterbesetzt sei?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) verweist erneut darauf, dass 97 Prozent der Ausgaben im Einzelplan 06 gebunden seien; der konsolidierungsfähige Anteil sei daher äußerst gering. Sie sei dankbar, dass zumindest die institutionelle Förderung der Verbraucherschutzzentrale erhalten geblieben sei. Das parlamentarische Verfahren laufe noch; die Änderungsanträge seien noch nicht vollständig eingegangen. Sie habe im Rechtsausschuss die Bedeutung der Verbraucherschutzzentrale betont und für die Sicherung der kofinanzierten Projekte geworben. Sie appelliere an den Haushaltsgesetzgeber, dies zu unterstützen.

Markus Tielke (SenJustV) bittet darum, die Antworten zu Anlagevermögen und liquiden Mitteln nachreichen zu dürfen. – Aktuell werde ein Sozialplan für drei betriebsbedingte Kündigungen verhandelt. Zur Kostenreduzierung sei ein Umzug des ersten Standorts in kleinere Räumlichkeiten geplant. Der zweite Standort solle zunächst erhalten bleiben.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt nach, ob sie es richtig verstanden habe, dass der Umzug weiterhin geplant sei. Die Kürzungen bei der Verbraucherzentrale dürften nicht so weit gehen, dass Präventionsprojekte vollständig wegfallen. Laut Rechnungshof spare jeder investierte Euro in die Präventionsarbeit drei Euro ein.

Ihre Fraktion habe Änderungsanträge eingebracht, um die Kofinanzierung zu sichern und das Energieberatungsprojekts in Lichtenberg zu erhalten. Sie appelliere an die Koalitionsfraktionen, diese Maßnahmen zu unterstützen und den Besuch des Regierenden Bürgermeisters in der Verbraucherzentrale als Anlass für konkrete Handlungen zu nutzen.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) bestätigt, dass die Umzugsplanungen fortbestünden. – Die Darstellung, die Förderung der Verbraucherzentrale werde vollständig eingestellt, sei unzutreffend. Richtig sei, dass SenJustV Einsparvorschläge im Bereich der Zuwendungsprojekte gemacht habe.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2008 B zur Kenntnis.

Titel 53105 – Beteiligung an Messen und Ausstellungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
lfd. Nr. 10

[2400 BG](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 14 – Dienstleistungen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, ob es mit SenBJF und SenFin Gespräche zur Fortsetzung der Präsenzfortbildung „Ausgabekräfte beim Schulessen“ gegeben habe.

Markus Tielke (SenJustV) antwortet, dass sich SenJustV mit SenBJF dazu aktuell im Austausch befinde.

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 14 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 54053 – Veranstaltungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ab.

Titel 54068 – Ausgaben für den Tierschutz

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen rote Nr. 2400 BG ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 15 und 16 – Ausgaben für den Tier-
schutz
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache die Nrn. 15 und 16 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben (GRÜNE)

Keine Wortmeldung.

Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB)

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 27.10.2025 [2471](#)
Landeslabor Berlin Brandenburg (LLBB) Haupt
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Erläuterung, wie die geplante Laborneubaumaßnahme in Frankfurt (Oder) umgesetzt werden solle.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) erklärt, dass das Land Brandenburg primär für das Bauvorhaben verantwortlich sei. Das Projekt befinde sich noch in einem frühen Planungsstadium. Eine erste Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Brandenburgischen Landesbetriebs für Liegenschaften und Bauen – BLB – sehe ein ÖPP-Modell als kostengünstigste Variante, da die Baukosten durch die Mieteinnahmen langfristig finanziert würden. Dieses Modell habe sich auch bei dem Hauptstandort in Adlershof bewährt. Externe Fachleistungen seien aufgrund der spezialisierten Labortechnik unverzichtbar.

Tonka Wojahn (GRÜNE) bittet darum, dass ein Folgebericht zum Stand der Realisierung bis Ende des nächsten Halbjahres vorgelegt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch fest.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, ob der Zuschuss für das Landeslabor weiterhin auskömmlich sei.

Steffen Zillich (LINKE) erinnert an die Erfahrungen in Adlershof, wo der erwartete Restwert des Gebäudes und die Verfügbarkeit spezialisierter Anbieter bei der Wirtschaftlichkeitsanalyse eine wichtige Rolle gespielt hätten. Vor diesem Hintergrund bitte er darum, dem Hauptausschuss die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der PD GmbH zum Landeslabor Berlin Brandenburg – gegebenenfalls vertraulich – zur Verfügung zu stellen.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) sagt zu, dies mit Brandenburg zu besprechen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) äußert die Hoffnung, dass im parlamentarischen Verfahren neben der Berücksichtigung im Sondervermögen auch eine Aufstockung der Mittel für das Landeslabor erfolge.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, welche konkreten Maßnahmen im Landeslabor aus dem Sondervermögen finanziert werden sollten. Würden möglicherweise auch das Investitionsprojekt und die kürzlich entstandenen Schäden berücksichtigt?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) antwortet, in erster Linie sollten aus dem Sondervermögen neue Laboreinrichtungen und Technik finanziert werden; die Schäden durch den Stromausfall würden derzeit auf knapp 100 000 Euro beziffert.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2471 zur Kenntnis.

Titel 68451 – Zuschüsse für den Tierschutz

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 BG
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06	Haupt
lfd. Nr. 6	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025	2495
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06	
<u>hier:</u> lfd. Nr. 17 – Zuschüsse für den Tierschutz	
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)	

Tonka Wojahn (GRÜNE) stellt die Frage, wie der Senat die Ausfinanzierung des Tierheims sicherstellen könne, obwohl laut vorliegendem Bericht keine Informationen zum Spendenvolumen des Tierheims vorlägen. Die Mittel seien von 376 000 Euro im Jahr 2025 auf 90 000 Euro in 2026 massiv reduziert worden.

Sie bitte außerdem darum, dass ein Folgebericht zur Haushalts- und Projektsituation des Tierheims bis Ende September 2026 vorgelegt werde.

Kristian Ronneburg (LINKE) hebt hervor, dass laut Bericht keine Anträge der Tierschutzvereine über den 31. Dezember 2025 hinaus vorlägen, weshalb der Senat seinen Angaben

nach den Bedarf nicht abschätzen könne. Gleichzeitig habe der Senat jedoch keine Gespräche über freiwillige Leistungen für 2026/2027 geführt, „um keine unerfüllbaren Erwartungen zu wecken“. Er fordere eine transparente Aufklärung, insbesondere dazu, wie viele Tiere künftig weniger versorgen werden müssten und wie hoch der tatsächliche Bedarf sei.

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) stellt klar, dass ein Missverständnis vorliege. SenJustV sei für das Tierheim und dessen Ausfinanzierung nicht zuständig. Zwar habe ihre Verwaltung im Rahmen einer Zuwendung in der Vergangenheit Zahlungen geleistet, diese jedoch aufgrund des Konsolidierungsdrucks eingestellt. Das Tierheim sei ein Verein, und aktuell würden die Verträge mit den Bezirken neu verhandelt; die Zuständigkeit liege bei der Innenverwaltung.

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) ergänzt, dass die Zuwendungen zur Tiertafel von 80 000 Euro auf 90 000 Euro im Doppelhaushalt 2026/2027 erhöht worden seien. Die Behauptung, der Tierschutz sei vollständig dem Konsolidierungsauftrag geopfert worden, sei somit unzutreffend.

June Tomiak (GRÜNE) betont, dass der Tierschutz als Staatsziel sowohl in der Landesverfassung als auch im Grundgesetz verankert sei. Berlin profitiere von vielen Trägern und Vereinen, die zur Erfüllung dieses Staatsziels beitrügen. Sie bedanke sich ausdrücklich bei den Akteurinnen und Akteuren. Welche Senatsverwaltung finanziere das Tierheim? Und wer sei im Senat dafür zuständig?

Staatssekretärin Susanne Hoffmann (SenJustV) wiederholt, dass das Tierheim aktuell über die Bezirke finanziert werde und senatsseitig die Innenverwaltung zuständig sei.

Markus Tielke (SenJustV) ergänzt, dass laut bestehendem Vertrag zwischen dem Land Berlin und dem Tierheim das Bezirksamt Lichtenberg als regionalisierte Ordnungsamt zuständig sei. Die Bindefrist des Vertrags laufe am 5. Dezember 2025 aus. Derzeit liege die Zuständigkeit bei der Innenverwaltung; im Zuge der Verwaltungsreform werde sich diese Zuständigkeit künftig jedoch ändern.

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 17 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 68461 – Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<u>2400 BG</u>
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06	Haupt
lfd. Nr. 7	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 18 – Förderung der Umsetzung der
Ernährungsstrategie
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Tonka Wojahn (GRÜNE) teilt mit, laut Bericht stünden dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm – BEK – die Mittel, die 2025 noch zur Verfügung gestanden hätten, nicht mehr zur Verfügung. Bedeute das, dass die Projekte „Klimaacker 2.0“, „Ernährungsbildung in Berliner Kitas: Transfer in Elternhäuser, Qualitätsentwicklung und Einbindung in Landesstrukturen“, „Berlin is(s)t klimafreundlich“ und „Pausenhofgeflüster – klimagerecht snacken lernen“ nicht mehr finanziert würden?

Senatorin Dr. Felor Badenberg (SenJustV) bestätigt, dass aufgrund der Haushaltskonsolidierung im Ernährungsbereich nur das Projekt „Kantine Zukunft Berlin“ weiterhin finanziert werde. Alle anderen Projekte seien gestrichen worden.

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 18 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 68469 – Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 8
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 BJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 2

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG und den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 BJ jeweils ohne Aussprache ab.

Titel 68475 – Förderung der Verbraucheraufklärung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 9

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 19 und 20 – Zuschuss an die Verbrau-
cherzentrale Berlin e.V./ Förderung der Verbrau-
cheraufklärung
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ab und nimmt die Nrn. 19 und 20 des Berichts rote Nr. 2495 jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68304 – Förderung der Tierzucht

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 11

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 21 – Förderung der Tierzucht
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ab und nimmt die Nr. 21 aus dem Bericht rote Nr. 2495 jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52536 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 22 – Aus- und Fortbildung für die
verfahrensabhängige IKT
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache die Nr. 22 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Kapitel 0610 – Strafverfolgungsbehörden

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenJustV vom 22.10.2025 [1877 C](#)
**Umsetzungsstand des Modellprojekts zur Stärkung
der Vermögensabschöpfung bei Ordnungswidrig-
keiten und zur aktenorganisatorischen Verwaltung
der entsprechenden Verfahrenseingänge (Laufzeit
2026 bis 2027)**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) Haupt
- b) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 23 – Gender Pay Gap**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) Haupt
- c) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 24 – Neue Kapitelstruktur**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) Haupt
- d) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 25 und 26 – Steuerbetrug**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1877 C, die Nrn. 23, 24, 25 sowie 26 des Berichts rote Nr. 2495 jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51111 – Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT

Mitberaten wird:

- Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 27 – Geschäftsbedarf für die verfahr-
ensunabhängige IKT**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache die Nr. 27 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 51143 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 28 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüs-
tungsgegenstände für die verfahrensunabhängige
IKT
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache die Nr. 28 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 81240 – KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 12

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ohne Aussprache ab.

Kapitel 0620 – Ordentliche Gerichtsbarkeit

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 29, 30, 32 und 33 – Neue Kapitelstruk-
tur
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)
- b) Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 31 – Gender Pay Gap
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nrn. 29, 30, 32, 33 sowie 31 des Berichts rote Nr. 2495 jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 41201 – Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 34 und 35 – Aufwendungen für ehren-
amtlich Tätige
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nrn. 34 und 35 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 36 – Geschäftsbedarf
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 36 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 37 – Aus- und Fortbildung
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 37 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 13

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ab.

MG 31 – Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)
MG 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 38 – justizspezifische IKT /
Einführungskosten und laufende Kosten
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt Nr. 38 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0632 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 14

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ohne Aussprache ab.

Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Mitberaten wird (übergreifend):

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 39 – Gender Pay Gap
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 39 des Berichts rote Nr. 2495 zur Kenntnis.

Titel 52703 – Dienstreisen

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 40 – Dienstreisen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 40 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 41 – Dienstleistungen für die
verfahrensunabhängige IKT
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 41 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 42 – Mobile Netzzugänge
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 42 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht

Titel 11109 – Gerichtskosten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 15

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ohne Aussprache ab.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT **Titel 81260 – Datenverarbeitung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit**

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 43 – IT-Sicherheit, Firewall und
Virenschutz
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 43 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0651 – Sozialgericht

Titel 52703 – Dienstreisen

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025 [2495](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06
hier: lfd. Nr. 44 – Dienstreisen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 44 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025

[2495](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06

hier: lfd. Nr. 45 – Geschäftsbedarf

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 45 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025

[2495](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06

hier: lfd. Nr. 46 – Dienstleistungen

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 46 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51168 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

[2400 BJ](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

Haupt

lfd. Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 BJ ohne Aussprache ab.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

[2400 BJ](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

Haupt

lfd. Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 BJ ohne Aussprache ab.

Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Mitberaten wird (übergreifend):

Bericht SenJustV vom 07.11.2025

[2495](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06

hier: lfd. Nr. 47 – Tageshaftkosten

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 47 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025

[2495](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06

hier: lfd. Nr. 48 – Duschkapazitäten in der

Justizvollzugsanstalt Moabit

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 48 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 07.11.2025

[2495](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 06

hier: lfd. Nr. 49 – Nutzerspezifische Nebenkosten im

Rahmen des Facility Managements

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Nr. 49 des Berichts rote Nr. 2495 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 16

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der roten Nr. 2400 BG ohne Aussprache ab.

Einzelplan 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Hochbau –

MG 06: Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Neuer Titel – Neubau Verwaltungsgericht Berlin, Standortplanung, Bauplanung und Bauvorbereitung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 BJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 BJ ohne Aussprache ab.

Neuer Titel – JVA, Sicherung der Haftraumvergitterung mit Feinvergitterung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 BJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
lfd. Nr. 6

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 BJ ohne Aussprache ab.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die zweite Lesung des Einzelplans 06 abgeschlossen sei.

[Unterbrechung der Sitzung von 11.31 Uhr bis 12.16 Uhr]

Einzelplan 05 – Inneres und Sport –

hierzu:

- | | |
|--|----------------------------------|
| a) Stellungnahme des Ausschusses InnSichO vom 06.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027 | 2400 T
Haupt |
| b) Stellungnahme des Ausschusses Sport vom 10.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027 | 2400 W
Haupt |
| c) Stellungnahme des Ausschusses VerfSch vom 13.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027 | 2400 Y
Haupt |
| d) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) | 2400 BF
Haupt |
| e) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) | 2400 BH
Haupt |
| f) Änderungsanträge der AfD-Fraktion Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) | 2400 BI
Haupt |

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, es bestehe kein Bedarf, die Änderungsanträge übergreifend zu begründen.

June Tomiak (GRÜNE) erklärt, sie habe eine übergreifende Frage zu Einzelplan 05, die sich aus der Besprechung von Einzelplan 06 ergeben habe. SenJustV habe bei Tierheimen und beim Tierschutz gekürzt und darauf verwiesen, dass SenInnSport dafür zuständig sei. Wo seien die Mittel für Tierheime oder grundsätzlich für Tierschutz im Einzelplan 05 etatisiert?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bekundet, es gehe hier um Zuständigkeiten. Die Frage, wo dies nun etatisiert sei, sei berechtigt.

Dr. Christoph Schäfer (SenInnSport) erläutert, das Thema Fundtiere sei in der Vergangenheit zuständigkeitsmäßig nicht eindeutig geregelt gewesen. SenInnSport sei für das allgemeine Fundwesen zuständig, SenJustV im Bereich des Verbraucherschutzwesens für den Tierschutz. Es habe große Schnittstellen zwischen beidem gegeben, da das Thema Fundtiere stark tierschutzrechtlich überlagert sei. Die Verwaltungsreform habe hier insofern Klarheit schaffen können, als das Thema dem Verbraucherschutz zugeordnet werden solle. Hierüber sei man sich auf Ebene der Senatsverwaltungen einig. Das Thema Tiersammelstelle und Fundtiere werde in Zukunft senatsseits von der Senatsverwaltung für Verbraucherschutz betreut werden. Da es sich um eine regionalisierte Bezirksaufgabe handle, werde es zukünftig wie bisher im Bezirksetat etatisiert sein.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, ob hierüber Einigkeit im Senat herrsche oder ob dies lediglich die Position von SenInnSport sei. Ihm sei nicht ganz klar, ob die Antwort von SenJustV vorhin in dieselbe Richtung gegangen sei. In welchem Verfahren erfolge hier eine Klärung innerhalb des Senats?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, man befinde sich gerade in den Beratungen. Die Verwaltungen hätten sich auf Senatsebene über alle Unklarheiten in den Zuständigkeiten verständigt. Der Chef der Senatskanzlei habe die entsprechende Vollmacht, dies mit den Senatsverwaltungen zu klären. Dieses Thema werde zukünftig klar bei SenJustV etatisiert sein, aber verantwortlich seien die Bezirke.

June Tomiak (GRÜNE) wiederholt, man sei auf das Thema gekommen, weil bei SenJustV gekürzt worden sei und Zuschüsse zum Tierschutz und zum Tierheim weggefallen seien. SenJustV habe daraufhin auf SenInnSport verwiesen. Sie habe es so verstanden, dass die gekürzten Zuschüsse nicht von SenInnSport in Einzelplan 05 kompensiert würden. Sollten die Kürzungen von circa 200 000 Euro zurückgenommen werden? Hierzu bitte sie um Aufklärung.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erwidert, da das Thema nie bei SenInnSport etatisiert gewesen sei, könne sie auch nicht die Verantwortung dafür tragen, dass hier 200 000 Euro gekürzt worden seien. Wenn die Zuständigkeit klar definiert sei, werde dies für 2026/2027 selbstverständlich im entsprechenden Haushalt zu verantworten sein.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) äußert, die Diskussion lasse erkennen, dass in der Klärung von Zuständigkeiten ein dringender Handlungsbedarf vorhanden sei. Mit dem LOG habe man zum ersten Mal die Möglichkeit, hier klare Zuständigkeiten zu schaffen. Er schlage vor, dass die beiden betroffenen Häuser gemeinsam einen abgestimmten Bericht zur Zukunft des Tierschutzes vorlegen möchten. Dann könne man im Parlament noch einmal darüber sprechen.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, im Wege der Haushaltswirtschaft würden entsprechend der Klärung die nicht vorhandenen Mittel an die richtige Stelle geschoben. – Er wolle noch auf das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur A-Besoldung zu sprechen kommen. Er erbitte – soweit dies bereits möglich sei – eine Einschätzung von SenFin zu drei Fragen. Erstens: Entspreche die Entscheidung dem Umfang und dem betroffenen zeitlichen Horizont nach den Erwartungen und dem, wofür Vorsorge getroffen sei? – Zweitens: Solle dies noch in diesem Haushaltsjahr abgewickelt werden oder erst im kommenden? – Drittens: Reiche die dafür im Haushaltsplanentwurf getroffene Vorsorge nach Kenntnis des Urteils aus?

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) weist darauf hin, dass die Entscheidung erst wenige Stunden alt sei. Sie komme gleichwohl nicht überraschend und sei nach der entsprechenden Entscheidung zur Richterbesoldung erwartbar gewesen. Die Mitarbeitenden der Abteilung IV –Landespersonal bei SenFin arbeiteten gerade an der Auswertung des Urteils. Es gehe in der Tat vor allem um die Bewertung der Auswirkungen. Dies betreffe sowohl die zeitliche Erfassung dessen, was zu korrigieren sei, als auch die Berechnung des dahinterstehenden finanziellen Volumens. Dann könne man sehen, ob die im Haushalt getroffenen Vorsorgen ausreichen bzw. welche Maßnahmen man ergreifen müsse, um diese Deckung herzustellen. Es sei noch zu früh, um eine belastbare Auskunft dazu zu geben, aber sein Haus werde sicherlich zeitnah auskunftsfähig sein.

June Tomiak (GRÜNE) sagt, gemäß dem Vorschlag des Staatssekretärs erbitte sie bis Ende Januar 2026 einen gemeinsamen Bericht der beiden Häuser sowohl zu der jetzigen als auch zu der dann geklärten Zuständigkeit.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu zum 31. Januar 2026 ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, wann der Hauptausschuss eine Auskunft zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts erhalten werde. Im Zweifel könne SenFin auch mündlich berichten, sobald eine Einschätzung vorliege.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass so verfahren werden könne.

Mitberaten wird (übergreifend):

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Vertraulicher Bericht SenInnSport – ZS C 2 Kn – vom
23.10.2025
An- und Abmietungen
hier: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025) | 2442 G
Haupt
Vertrauliche
Beratung |
|----|--|---|

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um eine vertrauliche Vorlage handle. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

Der **Ausschuss** nimmt den vertraulichen Bericht rote Nr. 2442 G ohne Aussprache zur Kenntnis.

- | | | |
|----|--|---------------------------------|
| b) | Bericht SenInnSport – ZS C 2 – vom 15.10.2025
Vergleich des Haushalts 2024/2025 zum Entwurf
2026/2027
hier: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025) | 2455 C
Haupt |
|----|--|---------------------------------|

June Tomiak (GRÜNE) konstatiert, in dem Bericht seien als sogenannte „Neubeginner“ Videoüberwachung und Bodycams aufgeführt. Die Videoüberwachung sei aber auch im Sondervermögen vorgesehen. Warum werde hier eine Doppelveranschlagung vorgenommen? – Warum würden die Mittel für das Projekt Direkte Demokratie gestrichen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) teilt mit, Videoschutz, also Body- und Dashcams seien beispielsweise in Kapitel 0532 – Polizei Berlin – Landespolizeidirektion –, Titel 81215 – Bodycams – verortet. Man habe dies sowohl im Haushalt als auch im Sondervermögen verankert, weil es angebracht sei, dass man hier zusätzliche Möglichkeiten bekomme. Die Mittel würden selbstverständlich zusammengeführt werden.

Das Projekt Direkte Demokratie in Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Politisch-Administrativer Bereich und Service –, Titel 81244 – Projekt Digitalisierung Direk-

te Demokratie – sei tatsächlich weggefallen. Ihr Haus werde dazu noch einen Kurzbericht vorlegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu zur Restelesung am 5. Dezember 2025 ein schriftlicher Bericht angefertigt werde. – Damit sei der Bericht rote Nr. 2455 C zur Kenntnis genommen.

- c) Bericht SenInnSport – IV A 21 – vom 24.10.2025 [2461](#)
Zuwendungsprojekte Haupt
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)
- d) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 1 - Gewalt- und Kriminalitätsprävention
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2461 und den Bericht Nr. 1 der Sammelvorlage jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis.

- e) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 2 - FM-Titel: Abweichungen Veranschla-
gung - voraussichtliches IST
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

June Tomiak (GRÜNE) wünscht zu erfahren, ob hier wirklich alle Titel unterveranschlagt seien, ob also die erwarteten Ist-Ausgaben höher seien als die Ansätze.

Steffen Zillich (LINKE) erinnert daran, dass dies bereits in der ersten Lesung Thema gewesen sei. Dies sei eine bemerkenswerte Herangehensweise. In dem Bericht konstatiere SenInnSport, dass die FM-Titel für das Mieter-Vermieter-Modell im SILB bei der Polizei um rund 9 Mio. Euro unterveranschlagt seien und bei der Feuerwehr um rund 1,6 Mio. Euro. Es heiße aber auch, dass dies für externe Anmietungen nicht gelte, sondern dass diese ausfinanziert seien. SenInnSport habe also offenbar vor, nur die Rechnungen des SILB nicht zu bezahlen. Wie komme man zu dieser Schwerpunktsetzung, nur die Rechnungen zulasten des Landes nicht bezahlen zu wollen? Wie könne SenFin einen solchen Haushalt durchlassen und ihn dem Senat zur Beschlussfassung vorlegen? Es wäre sachgerechter gewesen, hier PMA einzutragen. Sachgründe für diese Unterveranschlagung seien hier, anders als in anderen Fällen, nicht genannt. Wenn jetzt jeder Einzelplan „beim Nachbarn klauen ginge“, könnte man sich jegliche Strategie der Konsolidierung „in die Haare schmieren“. Er bitte SenInnSport, zu sagen, ob er den Bericht richtig verstanden habe, und SenFin, darzustellen, wie so etwas dem

Senat zur Beschlussfassung habe vorgelegt werden können. Habe die Koalition vor, dies zu bereinigen und zumindest durch eine PMA zu ersetzen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) führt aus, ihr Haus habe eine Aufstellung der Abweichungen geliefert. Der Abgeordnete Zillich habe die Abweichungen zusammengerechnet und sei auf knapp 9 Mio. Euro gekommen. Der Ansatz für 2026 liege bei 56 Mio. Euro. SenInnSport habe die meisten Gebäude in der BIM etatisiert. In dieser Auflistung habe man ein voraussichtliches Ist durch eventuelle Erhöhungen auch über die BIM genannt. Herr Zillich habe sich nun nur auf dieses voraussichtliche Ist konzentriert, nicht auf das, was schon im ursprünglichen Ansatz vorhanden gewesen sei. Selbstverständlich habe sich SenInnSport mit SenFin darüber beraten. Man werde zum einen versuchen, dies im Zuge der Haushaltswirtschaft auszugleichen, aber man prüfe zum anderen auch, ob man es eventuell aus dem landesweiten Deckungskreis finanzieren könne. Bei den Abweichungen handle es sich also um Annahmen. Im Ansatz seien andere Summe enthalten.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) bekräftigt, dass es sich hier um die Annahmen von SenInnSport handle. Alle Mieten und Verträge, die mit dem SILB geschlossen würden, seien natürlich einzuhalten. Es könne keine Unterscheidung danach geben, ob es um externe oder interne Mieten gehe. Insofern gehe sein Haus davon aus, dass die entsprechenden Forderungen, die seitens des SILB durch die BIM gestellt würden, auch beglichen würden. Wenn die Annahmen nicht zuträfen, müsse dies im Rahmen der einzelnen Haushaltswirtschaft des Kapitels ausgeglichen werden. Es treffe zu, dass SenFin in einem regen Austausch mit SenInnSport und der BIM sei, um teilweise unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Zahlung von SILB-Mieten und -Betriebskosten in Deckung zu bringen.

Steffen Zillich (LINKE) entgegnet, wenn es sachliche Gründe gebe, könnten diese benannt werden. Natürlich müsse man über bestimmte Sachverhalte Annahmen treffen, die zutreffen könnten oder nicht. Auf einen solchen Sachverhalt sei hier aber nicht verwiesen. Danach habe Die Linke explizit gefragt. Wenn man einen Ansatz bilde und gleichzeitig ein voraussichtliches Ist habe, müsse man dieses in den Ansatz schreiben. Die Frage habe Verfassungsrang. Sie habe mit Haushaltsklarheit und -wahrheit zu tun. Wenn man wisse, wie viel man voraussichtlich ausgeben werde, dies aber nicht in den Ansatz schreibe, verletze man bewusst diesen Grundsatz. Er entnehme der Antwort des Staatssekretärs, dass SenFin Verhandlungen darüber, ob möglicherweise der Gesamtkreislauf das Risiko übernehmen könne – also in diesem Fall der Einzelplan 29 –, nicht bestätigen könne. Gebe es vergleichbare Sachverhalte in anderen Einzelplänen?

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) erwidert, die Prognose über die Kosten in Abstimmung mit SenInnSport sei singulär. Er wolle klarstellen, dass nicht irgendwelche Verpflichtungen aus einem Haushaltsbereich insgesamt aufgefangen würden. Diese müssten im Rahmen der Haushaltswirtschaft durch den Einzelplan 05 getragen werden, sollten die Annahmen nicht zutreffen. Sein Haus befinde sich in einem Austausch mit SenInnSport darüber, wie dies innerhalb des Einzelplans 05 ausgeglichen werden könne.

Steffen Zillich (LINKE) verweist darauf, dass entsprechende überplanmäßige Ausgaben nicht zulässig wären, weil es vorherzusehen gewesen sei. Deshalb erbitte er eine Berichterstattung über den Haushaltsvollzug dieses Titels. – Um das Problem zu lösen, wolle er anregen, dass

die Koalition wenigstens in gleicher Höhe eine PMA eintragen möge. Der Sachverhalt müsse bereinigt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu vierteljährlich ein Bericht vorgelegt werden solle. – Damit sei der Bericht Nr. 2 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

- f) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 4 - Tarifierpassungen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, was Tarifierpassungen und deren Verstetigung angehe, zeige sich über die Senatsverwaltungen hinweg ein ganz unterschiedliches Bild. Bei SenInnSport sei eine Tarifierpassung offenbar nicht etatisiert. Dies bedeute im Umkehrschluss, dass im Zuwendungsbereich entsprechende Kürzungen im Leistungsumfang folgen müssten.

June Tomiak (GRÜNE) erkundigt sich, wie der Zeitplan für die Verhandlungen zwischen SenInnSport und SenFin aussehe und seit wann diese liefen. Außerdem wolle sie gern um einen Folgebericht zum Sommer 2026 über den dann aktuellen Stand bitten.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) äußert Erstaunen darüber, dass ihr Haus mit SenFin verhandeln solle. In dem Bericht sei dargestellt, dass für das Stammpersonal des Einzelplans 05 in den Ansätzen für 2026 und 2027 jeweils 3 Prozent Tarifvorsorge getroffen worden seien. Für 2026 seien dies 61,359 Mio. Euro und für 2027 63,720 Mio. Euro. Die Aussage des Abgeordneten Zillich sei also nicht richtig. Es sei korrekt, dass im Einzelplan aufgrund der hauptsächlich durchgeführten Projektförderung keine konkrete Vorsorge für Tarifierpassungen bei sportbezogenen Zuwendungen veranschlagt sei. Man habe aber die Basis der Zuwendungslagen von 2024/2025 pauschal in den Ansätzen von 2026/2027 fortgeschrieben.

Steffen Zillich (LINKE) resümiert, es seien also keine Mittel für Tarifierpassungen im Zuwendungsbereich im Einzelplan vorgesehen. In anderen Einzelplänen sei dies der Fall. Es gebe also keine einheitliche Vorgehensweise des Senats in der Frage, inwiefern man Tarifsteigerungen bei Zuwendungsempfängenden refinanziere. Wenn sie refinanziert würden, müsse es andererseits eine Angebotseinschränkung in genau diesem Maße geben. Habe SenInnSport sich hier schon entschieden?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) wiederholt, die Mittel seien fortgeschrieben worden. Ihr Haus halte sich selbstverständlich an den TV-L. Ihr Haushälter für den Bereich Sport könne dies gern genauer ausführen.

Thomas Düring (SenInnSport) erläutert, mit „keine konkrete Vorsorge“ sei gemeint, dass man, anders als bei den Tarif- oder Personalausgaben, die die Landesbeschäftigten beträfen, nicht pauschal einen bestimmte Prozentsatz draufgeschlagen habe, sondern man kenne die Projekte und deren Bedarfe und habe die Zuwendungsmittel entsprechend fortgeschrieben. Für alle Zuwendungsnehmenden gelte grundsätzlich, dass nach TV-L bezahlt werden solle, damit diese an entsprechenden Steigerungen und somit an einer sachgerechten Vergütung

teilhaben könnten. Man habe nur wenige Förderungen, die viel Personal beinhalteten. Bei den anderen Projektförderungen würden häufig Honorare gezahlt, wenn dort Personen mit geringeren Tätigkeiten beschäftigt würden. Insofern gebe es keine Pauschale, aber eine Vorsorge, die das aktuelle Tabellenentgelt, auch mit zukünftigen Steigerungen, berücksichtigen solle.

Steffen Zillich (LINKE) sagt, er verstehe die Aussage so, dass SenInnSport bei den Zuwendungsempfängenden den TV-L refinanziere, aber keine gesonderte Vorsorge dafür getroffen habe, und dass, soweit dafür Mehrausgaben notwendig seien, diese in der Haushaltswirtschaft erbracht werden würden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erinnert daran, dass ihr Haus einen Gesamtvertrag mit dem Landessportbund – LSB – geschlossen habe, in den man über 2 Mio. Euro mehr hineingegeben habe. Es sei nun in der Verantwortung des LSB, mit den entsprechenden Förderungen umzugehen. Insofern müsse man keine Sorge haben, dass Leistungen wegfallen würden.

Steffen Zillich (LINKE) hält fest, die Zuwendungsempfängenden würden für ein bestimmtes Projekt finanziert. Sie hätten Personalausgaben, die sich entwickelten. In dem Bericht heiße es, dass SenInnSport für die Entwicklung der Personalausgaben keine Vorsorge getroffen, sondern pauschal das Niveau von 2024/2025 fortgeschrieben habe. Wenn nach TV-L bezahlt werde, werde es im Zeitraum des Doppelhaushalts eine Entwicklung der Personalkosten geben. Die Mittel dafür müssten irgendwo herkommen. Wenn die Senatorin sage, dass dies refinanziert werde, dann müsse es aus ihrem Haushalt kommen. Wenn dies in den zusätzlichen 2 Mio. Euro für den LSB enthalten sei, sei es gut. Wenn nicht, müsse es in irgendeiner Form erhöhend zum Plafond von 2024/2025 aus dem Haushalt von SenInnSport kommen, außer man wolle weniger Projekte umsetzen. Wie solle es gehen, dass SenInnSport bei den Zuwendungsempfängenden nach TV-L finanzieren wolle, dafür aber nicht mehr Geld aus dem Einzelplan benötige? Oder handle es sich um ein Missverständnis und würden die Mittel vollständig aus den 2 Mio. Euro abgedeckt? Dies finde er so allerdings nicht in dem Bericht.

June Tomiak (GRÜNE) stellt klar, ihre Frage habe sich auf den Bericht Nr. 3 der Sammelvorlage zur Bußgeldstelle bezogen.

Vorsitzender Stephan Schmidt informiert, dieser werde später unter Kapitel 0532 – Polizei Berlin – Landespolizeidirektion – aufgerufen werden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) unterstreicht, in dem Bericht sei klar dargestellt, dass die Finanzierung pauschal weiterlaufen werde. Es werde keinerlei Kürzungen geben, und man werde sich an den TV-L halten. Wenn eine Erhöhung kommen sollte, werde dies entsprechend weitergeführt werden. Dies habe man immer so gemacht, weil es in ihrem Ressort gar nicht so viele Zuwendungen gebe. Sie bitte darum, daraus nicht zu schließen, dass Kürzungen vorgenommen würden.

Steffen Zillich (LINKE) wirft ein, es sei nicht logisch, sowohl zu sagen, dass es eine pauschale Fortschreibung aus 2024/2025 gebe, als auch, dass man das Geld in den Haushalt eingestellt habe. Vielleicht stelle dies kein Problem dar und könne die Erhöhung aus der Haushaltswirtschaft finanziert werden. Dies sei aber etwas anderes als zu sagen, dass man es im Haushalt eingestellt habe.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) legt dar, in einer Budgetierung habe man über die Haushaltswirtschaft immer die Kontrolle in den einzelnen Titeln. Selbstverständlich führe ihr Haus für jeden Titel ein regelmäßiges Controlling durch. Diese Mittel würden selbstverständlich zur Verfügung gestellt.

Christian Goiny (CDU) bemerkt, in der Vergangenheit habe man die Beträge für die Tarifvorsorge nie beziffert und ausgewiesen. Diese seien in einer pauschalen Vorsorge bei allen Senatsverwaltungen mit veranschlagt gewesen. Man wolle schließlich künftigen Tarifverhandlungen nicht vorgreifen, indem man den Gewerkschaften sage, wie viel sie fordern sollten. Er verstehe nicht, warum der Abgeordnete Zillich jetzt diese Diskussion aufmache. Es handle sich um eine Geisterdebatte.

Steffen Zillich (LINKE) verdeutlicht, es gehe ihm nicht um die Landesbeschäftigten, sondern um die Zuwendungsempfängenden. In vergangenen Haushaltsberatungen sei teils zentral, teils dezentral Vorsorge getroffen worden. In diesem Haushaltsplanentwurf des Senats sei in einigen Einzelplänen anteilig Vorsorge getroffen und dies explizit so ausgewiesen worden, beispielsweise in Einzelplan 10 und Einzelplan 11. Die Senatorin habe gerade nicht gesagt, dass sie Vorsorge getroffen habe, sondern dass dies nicht nötig sei, weil man die Erhöhungen auch so finanzieren könne. Er habe aber nach der Haushaltsvorsorge gefragt, die andere Einzelpläne getroffen hätten. Er bitte um ein einheitliches Verfahren im Senat, damit die Zuwendungsempfängenden insgesamt eine Antwort auf diese Frage erhalten könnten. Man habe in diesem Jahr gesehen, dass es durchaus – wie beim Einzelplan 10 – zu einem Problem in der Haushaltsdurchführung komme, wenn man mit falschen Zahlen operiert habe, selbst wenn die Koalition die Absicht gehabt habe, dieses Problem im Nachtragshaushalt zu lösen. Deswegen sei es sinnvoll, darüber zu sprechen, wie man dafür Vorsorge treffe, ob diese ausreiche und ob man sicherstellen könne, dass eine Tarifentwicklung auch bei Zuwendungsempfängenden finanziert werden könne.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 4 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

- g) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 5 - Mittel des Sicherheitsgipfels 2023
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) fragt, wie die mobilen Endgeräte für die Präventionsarbeit der Polizei konkret zur Kommunikation mit jungen Menschen eingesetzt und welche Ansätze in der Social-Media-Kommunikation verfolgt würden; gern könne hierzu in einem schriftlichen Bericht ausgeführt werden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sagt zu, ihr Haus werde dazu schriftlich berichten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht werde bis Ende Januar 2026 erwartet.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 5 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 zur Kenntnis.

- h) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 6 – Verwaltungsreform / Landesorganisationsgesetz (LOG)
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 6 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- i) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 8 – Wassertourismuskonzept
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 8 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- j) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 9 – Dienstreisen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 9 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- k) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 10 – STEMO-Projekt
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob zum STEMO-Projekt noch Gespräche liefen. Oder werde es das jedenfalls in der gegenwärtigen Form künftig nicht mehr geben?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erläutert, es habe sich immer um ein Modellprojekt gehandelt. Für die Fahrzeuge und deren Ausstattung sei viel Geld aufgewendet worden, das dann in den Einzelplan 09 – Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – verlegt worden sei. Trotzdem befasse sich auch SenInnSport weiterhin damit und könne konstatieren, dass u. a. im Unfallkrankenhaus durchaus die Auffassung bestehe, die STEMOs sollten fortgeführt werden. Das Problem bestehe darin, dass die Krankenkassen deren Notwendigkeit bezweifelten. Sie bezahlten die Gebühren nur unter Vorbehalt, und es stehe die Möglichkeit im Raum, dass sie künftig Rückforderungen erheben würden. Derzeit erstatteten sie 361,36 Euro für einen STEMO-Einsatz, die tatsächlichen Kosten lägen bei 846,79 Euro.

Christian Goiny (CDU) erinnert daran, dass es sich um ein von der Charité und der Berliner Feuerwehr betriebenes Forschungsprojekt handle; das werde in der Diskussion oft vergessen. Das Projekt habe Menschenleben gerettet bzw. schwere bleibende Schäden verhindert, wissenschaftliche Anerkennung erfahren und weltweit Nachahmung gefunden, sei also durchaus als Erfolg zu verzeichnen. Die Forschung in diesem Bereich gehe weiter, und das sei zu begrüßen. Die Mittel, die das Parlament SenWGP für die Fortsetzung des Projekts bei den letzten Haushaltsberatungen zusätzlich zur Verfügung gestellt habe, seien von der Verwaltung allerdings wieder gestrichen worden; darüber werde mit SenWGP zu reden sein. Möglicherweise könne das Parlament eine rechtliche Grundlage für das STEMO-Projekt schaffen, um es künftig sicherer abbilden zu können. Im Übrigen würden die Haushaltsberatungen zum Einzelplan 05 – Inneres und Sport – mit der laufenden Debatte noch nicht beendet.

Martin Matz (SPD) weist darauf hin, dass der vom Senat beschlossene Entwurf eines Rettungsdienstgesetzes, der dem Parlament zur Beratung vorliege, Regelungen beinhalte, wie künftig ein besonderes Rettungsmittel für spezielle Einsatzfälle wie eben das STEMO per Rechtsverordnung abgesichert werden könne. Dann werde es auch erforderlich sein, im Haushaltsbeschluss des Senats entsprechende Vorsorge zu treffen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) merkt an, darüber müsse eine Klärung mit SenWGP herbeigeführt werden, in deren Einzelplan die Mittel angesiedelt seien. Sie selbst wolle nur betonen, wie viel das Land Berlin für NEFs bekomme und wie viel es abrechnen könnte, wenn die Krankenkassen STEMOs – die bereits viele Menschenleben gerettet hätten – anerkennen würden. Dann gäbe es die bestehenden Probleme unter Umständen überhaupt nicht.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 10 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 zur Kenntnis.

- l) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / III E / IV A – vom 27.10.2025 [2496](#)
Haupt
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 11 – Tarifmittel Zuwendungsempfänger/-
innen und Co-Finanzierung
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)**

June Tomiak (GRÜNE) fragt, ob die für das Kombibad Mariendorf beantragten BENE-Mittel überhaupt noch verfügbar seien, da dort stark gekürzt werde.

René Schülzky (SenInnSport) erläutert, die BENE-Mittel seien zunächst noch eingeplant; die Verhandlungen zum Haushalt seien selbstverständlich abzuwarten. Sollten die Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, werde man eine Alternativlösung finden, um die Maßnahme abzusichern.

Sebastian Walter (GRÜNE) erkundigt sich, wann Klarheit darüber bestehen werde, ob die BENE-Mittel zur Verfügung stünden. Wie werde ggf. die alternative Finanzierung aussehen?

René Schülzky (SenInnSport) antwortet, die Verwaltung müsse die Verabschiedung des Haushaltplans abwarten. Alternativplanungen würden in diverse Richtungen betrieben; unter anderem würden das SIWA und der Klimapakt in den Blick genommen. Die bestmögliche Umsetzungsvariante sei noch zu prüfen.

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt nach, ob SenInnSport die BENE-Mittel beantragen könne, wenn der Haushalt verabschiedet sei; oder sei die Summe mit Haushaltsbeschluss bereits für die Sanierung des Kombibads gesichert?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass von der Senatsbank hierzu ein Nicken erfolge.

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Bestätigung, dass er die Verwaltung dahingehend richtig verstanden habe, dass in den im Verhältnis zum Bedarf sehr geringen Mitteln, die im Einzelplan 07 – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – für die Landeskofinanzierung der BENE-Mittel zur Verfügung stünden, das Kombibad Mariendorf enthalten sei.

June Tomiak (GRÜNE) teilt mit, ihre Fraktion wünsche einen schriftlichen Bericht zu den Finanzierungsfragen, sobald diese abschließend geklärt seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, mit der Sanierung des Kombibads Mariendorf habe sich der Aufsichtsrat der BBB sehr intensiv befasst. Deren Gesamtvolumen liege bei ca. 43 Mio. Euro, davon 6 Mio. Euro Bundesmittel und 5,6 Mio. Euro BENE-Mittel. Sie hoffe, dass letztere bewilligt würden, man werde das Kombibad Mariendorf aber in jedem Fall angemessen sanieren, nötigenfalls im Rahmen einer Alternative.

Steffen Zillich (LINKE) meint, angesichts der nicht gerade im Übermaß zur Verfügung stehenden Investitionsmittel sei es schon ein großes Versprechen, definitiv eine Alternative zu finden, sollten die BENE-Mittel nicht bewilligt werden. Es treffe zwar zu, dass mehrere Quel-

len zur Verfügung stünden, aus denen solche Mittel kommen könnten; mit Ausnahme derjenigen aus dem Sondervermögen des Bundes stünden sie alle aber nur zur Verfügung, wenn Umschichtungen zulasten anderer Maßnahmen stattfänden. Insofern solle in dem Folgebericht auch hierzu ausgeführt werden, sollten die BENE-Mittel nicht bewilligt werden.

Sebastian Walter (GRÜNE) schlägt vor, der Bericht solle bis 31. Januar 2026 vorgelegt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bestätigt, dass Umschichtungen erfolgen müssten, sollten die BENE-Mittel nicht zur Verfügung stehen. Es bestünden aber Möglichkeiten, Mittel aus weiteren Töpfen als den bereits genannten zu akquirieren; sie verweise in diesem Kontext auf die sog. Sportmilliarde des Bundes. Das würde es erlauben, Mittel, die bereits für bestimmte Projekte vorgesehen seien, anderweitig zu verausgaben. Der Bundestag habe eben erst 220 Mio. Euro zusätzlich für Bäder beschlossen. Die Sanierung des Kombibads Mariendorf sei eine Priorität.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 11 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 zur Kenntnis.

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 12 – Zielvereinbarung zu Wahlen und**
Abstimmungen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 12 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 13 – Arbeitsgruppe „Meldewesen“**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) geht auf den Abschlussbericht der AG Meldewesen ein, in dem diese unter anderem empfehle, dass eine übergeordnete zuständige Instanz für das Meldewesen sinnvoll sei. Werde die Umsetzung dieser Empfehlung verfolgt und evtl. im Rahmen der Aufgabenbestimmung der Verwaltungsreform berücksichtigt?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, die Umsetzung der Empfehlung werde verfolgt. Der Bericht enthalte den Maßnahmenkatalog zur Qualitätssicherung der Melderegisterdaten, es gebe weitere Maßnahmen zur Vermeidung von Prüffällen und Aktivierung von Multiplikatoren. Bereits am 31. August 2025 sei dem Hauptausschuss ein Bericht zum Stand der Operationalisierung der Maßnahmenvorschläge der AG Meldewesen zugegangen, der halbjährlich erneuert werde, Anfang 2026 werde also der nächste vorgelegt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 13 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 zur Kenntnis.

**Titel 42722 – Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten,
Volontärinnen/Volontäre) –
Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 14 bis 16 – Ausbildungsentgelte: Anzahl
Praktikantinnen/Praktikanten
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)**

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 14 bis 16 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 1

[2400 BI](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 BI ohne Aussprache ab.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 17 – Wechsel von Klosterstraße 64 in die**
Klosterstraße 71
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 17 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BF ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 18 – neue Arbeitswelten**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

June Tomiak (GRÜNE) bittet darum, dass bis Sommer 2026 ein Folgebericht mit einem Überblick über die Maßnahmen vorgelegt werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, so solle verfahren werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 18 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 zur Kenntnis.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 2

[2400 BI](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 BI ohne Aussprache ab.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 19 – CO-2 Abgaben; Gender-Budgeting
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

[2496](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 19 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 20 – Transparenzgesetz
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

[2496](#)
Haupt

June Tomiak (GRÜNE) fragt, ob die Voruntersuchung erst nach Abschluss der Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes erfolge. Wann solle die Weiterentwicklung abgeschlossen werden?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) teilt mit, ihre Verwaltung werde hierzu schriftlich berichten.

Steffen Zillich (LINKE) zitiert aus dem Bericht, nach Kenntnis des Senats dauerten „die politischen Gespräche der Koalitionspartner über die mögliche Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz“ an. Das lege die Frage nahe, ob die Koalitionsfraktionen dies bestätigen könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der von der Abgeordneten Tomiak gewünschte Bericht werde zur Restelektur erwartet.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 20 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 zur Kenntnis.

Titel 54051 – Prävention im Bereich der inneren Sicherheit (GRÜNE) –

Ohne Wortmeldungen.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
lfd. Nr. 2

June Tomiak (GRÜNE) führt aus, ihre Fraktion beantrage eine Änderung dahingehend, dass Zuwendungen künftig für zwei Jahre beschieden würden, um Planungssicherheit zu schaffen. Deshalb sollten die Verpflichtungsermächtigungen bei Zuwendungstiteln erhöht werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BF ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 22 – Absenkung des Ansatzes**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) konstatiert, dem Bericht sei zu entnehmen, dass auch der Träger der Beratungsleistungen für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder einen Finanzierungsbeitrag leisten werde. Stehe schon fest, worin dieser Finanzierungsbeitrag bestehen werde? Werde der Träger seine Eigenmittel erhöhen, das Angebot kürzen oder beides?

Ingo Siebert (Landeskommission Berlin gegen Gewalt) erklärt, die Absenkung sei mit dem Träger besprochen. Ein Teil dessen, was der Träger geplant habe, habe in der Vergangenheit nicht realisiert werden können, sodass man die Mittel auf die tatsächlich umsetzbaren reduziert habe.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 22 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 zur Kenntnis.

Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (GRÜNE) –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 3

[2400 BI](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 BI ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 21 – Kürzung bei Präventionsarbeit**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

[2496](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 21 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt –

hierzu weiter:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 3

[2400 BF](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BF ohne Aussprache ab.

Titel 51168 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 4

[2400 BF](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 BF ohne Aussprache ab.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a1) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 25 – Olympiabewerbung
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)
- a2) Bericht RBm – Skzl – III C – vom 12.11.2025 [2502](#)
Olympiabewerbung
Haupt
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 01.10.2025)
- a3) Sammelvorlage RBm – Skzl – ZS B1 – vom 21.10.2025 [2488](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 03
hier: Bericht 1 - Olympiabewerbung
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 01.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, dass für die Olympiabewerbung gemäß Bericht rote Nr. 2502 bis 2027 ein Budget von 6 Mio. Euro zur Verfügung stehe. Die Mittel sollten aus dem Einzelplan 05 – Inneres und Sport – im Wege der auftragsweisen Bewirtschaftung für den Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister – zur Verfügung gestellt werden. Es fehle allerdings die Information, zulasten welchen Titels im Einzelplan 05 die Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten; er bitte darum, diesbezüglich Aufklärung zu schaffen.

Für das Bewerbungskonzept BERLIN+ solle 1 Mio. Euro durch SenInnSport ausgegeben werden. Sei dieser Betrag Teil der eben genannten 6 Mio. Euro, oder solle er zusätzlich verausgabt werden? Dem Bericht 2502 sei zu entnehmen:

„Die Verausgabung der operativen Ausgaben der Steuerungseinheit der Senatskanzlei sowie für die Erstellung des finalen Bewerbungskonzepts durch SenInnSport erfolgt im Einzelplan 05 aus den Titeln 54053 – Veranstaltungen – und 68630 – Zuschuss für besondere sportbezogene Projekte –“;

allerdings sei unter diesen beiden Titeln hierfür bislang nichts veranschlagt. Im Bericht 2488 sei der Verweis auf die operativen Aufgaben der Steuerungseinheit der Senatskanzlei nicht mehr vorhanden, es werde aber auf dieselben Titel verwiesen. Würden daraus auch die operativen Aufgaben der Steuerungseinheit der Senatskanzlei finanziert, und würden sie aus Titeln im Einzelplan 05 – Inneres und Sport – finanziert?

Außerdem werde in beiden Berichten mitgeteilt, dass die Ausgaben für Beteiligung und Kommunikation skalierbar seien. Was genau bedeute das?

Eine wesentliche Annahme für die Veranschlagung sei demnach der zeitlich begrenzte Charakter der ersten Bewerbungsphase. Auf welche Veranschlagung werde damit Bezug genommen? Plane der Senat eine Nachschiebeliste? Welche Veranschlagung solle noch erfolgen?

Weiterhin werde auf eine Projektvereinbarung verwiesen, die noch abzuschließen sei. Bis wann solle das geschehen? Sie möge dem Hauptausschuss dann vorgelegt werden.

Schließlich stünden die Details der Bundesbeteiligung noch nicht fest, der Bund habe aber gemäß Bericht „seine grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung an den Kosten einer Olympiabewerbung und einer Ausrichtung signalisiert“. Das sei ein deutliches Indiz, dass der Bund sich an den Investitionskosten nicht beteiligen werde. Diese machten den größten Teil der Kosten aus, und es sei immer zentraler Gegenstand der Debatte gewesen, inwieweit die begrenzten Investitionsmittel des Landes durch eine Olympiabewerbung gebunden würden oder ob es zusätzliche Mittel gebe. Er bitte um Bestätigung, dass es also keine Hinweise gebe, dass der Bund sich an den Investitionskosten beteiligen werde. Wann werde es zur Beteiligung des Bundes insgesamt konkretere Informationen geben?

Bei der Bemessung der Kosten für die erste Bewerbungsphase orientiere sich der Senat an den Vorgaben des DOSB. Allerdings gebe es eine Debatte darüber, dass der Kostenrahmen, den der DOSB setze, nicht immer eine zutreffende Einschätzung dessen darstelle, was tatsächlich aufgewendet werde. Wie sehe der Senat diese Debatte? Halte er es für realistisch, sich an diesem Kostenrahmen zu orientieren, auch vor dem Hintergrund der Aussage zur Skalierbarkeit?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) geht zunächst auf die Frage ein, wo die Veranschlagungen zu finden seien, und erklärt, für 2025 seien Mittel im Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte – eingestellt. Bereits für 2024 seien 500 000 Euro enthalten gewesen, die nicht verausgabt worden und Teil der Einsparungen gewesen seien; 2025 würden die Mittel aber gebraucht.

Die 1 Mio. Euro, die SenInnSport für das Bewerbungskonzept BERLIN+ verausgaben solle, sei Teil der 6 Mio. Euro des Bewerbungsbudgets. Die Mittel seien vollständig im Einzelplan von SenInnSport etatisiert. In Titel 54053 – Veranstaltungen – würden am Ende der Haushaltberatungen die weiteren Mittel zu finden sein. Zum Ausgleich werde man einen PMA in den Haushaltsplan von SenInnSport einstellen, wozu noch ein Änderungsantrag erfolgen werde.

Der Bund habe sich sehr klar für die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele ausgesprochen. Sowohl die aktuelle als auch die Vorgängerregierung hätten sich klar für eine nationale Bewerbung Deutschlands positioniert. Berlin als Bundeshauptstadt mit umfassenden Erfahrungen mit Großveranstaltungen strebe gemeinsam mit Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein eine solche nationale Bewerbung an. Diese gemeinsame Bewerbung solle auch die Entstehung einer verbesserten Sportinfrastruktur in Ostdeutschland ermöglichen. Das Konzept habe im Sportausschuss des Deutschen Bundestages großes Lob erfahren. Berlin werde sich ausschließlich im Rahmen einer nationalen Bewerbung um Olympische Spiele bewerben. Sie sei überzeugt, dass BERLIN+ im innerdeutschen Wettbewerb ausgezeichnete Chancen habe.

Nun sei die zweiten Phase der Bewerbung angebrochen. Der DOSB werde Ende 2026 entscheiden, mit welcher Region eine internationale Bewerbung stattfinden solle. Wenn feststehe, welcher der innerdeutschen Bewerber die internationale Bewerbung erhalte, werde der Bund sich finanziell beteiligen. Aktuell habe er hierfür noch keine Berechnungen vorgelegt, diese würden dann aber in den zuständigen Gremien erarbeitet.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) nimmt Bezug auf die Frage nach der Skalierbarkeit der Ausgaben für Beteiligung und Kommunikation und führt zunächst zur Arbeit der Steuerungseinheit aus, deren Fokus liege auf der öffentlichen Vorbereitung und Durchführung der öffentlichkeitswirksamen Kommunikation in Richtung der Berliner Bevölkerung – Stichwort Bürgerbeteiligung – und in Richtung DOSB und deutsche Spitzensportverbände. Aufgrund fehlender Erfahrungswerte habe man eine Prognose anstellen müssen, wie arbeitsintensiv sich das gestalten werde. Aktuell gehe die Senatskanzlei davon aus, dass sich die Arbeit mit den veranschlagten Mitteln werde bewältigen lassen, bei Bedarf – der auch davon abhängen werde, welche Form der Bürgerbeteiligung schlussendlich gewählt werde – könnten die Aufwendungen auch höher oder geringer sein. Näheres werde sich im Rahmen der Arbeit der Steuerungseinheit in den kommenden Monaten ergeben.

Kaweh Niroomand (Olympiabeauftragter) ergänzt, dass die Steuerungseinheit seit 1. Oktober in der Senatskanzlei angesiedelt und arbeitsfähig sei. Sie habe bereits einige Maßnahmen eingeleitet. Ihre Hauptaufgabe bestehe darin, Kampagnen und Bürgerbeteiligungsformate zu erarbeiten, um die vielen guten Argumente für die Idee, dass Berlin der richtige Standort für die Austragung der Olympischen Spiele sei, in die Stadtgesellschaft einzubringen, denn die Veranstaltung könne nur dann ein Erfolg werden, wenn die Bürger der Stadt hinter ihr stünden. Dazu sollten die vielen auch berechtigten Fragen und Sorgen aus dem Weg geräumt bzw. beantwortet werden. – Bezüglich der Skalierbarkeit sei noch zu erwähnen, dass die Steuerungsgruppe schrittweise vorgehen werde. Sie habe ihre Arbeit mit einer gewissen Zahl an Personen aufgenommen, und wenn sich aus der Aufgabe Umstände ergäben, die eine größere Anzahl an Mitarbeitern erforderten, werde man das umsetzen, soweit das Budget es erlaube.

June Tomiak (GRÜNE) fragt, welche Art von Beteiligungsverfahren insbesondere angesichts des recht knappen Zeitplans konkret geplant sei. Bis wann sollten die Berlinerinnen und Berliner beteiligt werden? Reichten die dafür eingestellten 5 Mio. Euro aus?

Steffen Zillich (LINKE) fasst zusammen, er habe die Senatorin dahingehend verstanden, dass es einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen geben werde, der den Senatsbeschluss bzw. den Inhalt der Berichte in den Haushalt einflechten werde. Dieser Änderungsantrag werde vermutlich beinhalten, dass Mittel in Höhe von etwas über 1 Mio. Euro zur auftragsweisen Bewirtschaftung für die Senatskanzlei in Titel 54053 – Veranstaltungen – zur Verfügung gestellt würden und zugleich im Einzelplan 05 in Titel 54053 – Veranstaltungen – und Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte – Teilansätze jeweils in der Höhe, wie sie in dem Bericht stünden, eingetragen würden, also 770 000 Euro im Jahr 2026 insgesamt und 0 Euro 2027. Bedeute das, dass aus diesen Titeln von SenInnSport, wie im Bericht rote Nr. 2502 stehe, auch die operativen Ausgaben der Steuerungseinheit der Senatskanzlei finanziert würden, oder, wie in Bericht rote Nr. 2488 stehe, nur die Ausgaben der Sportverwaltung? Die Frage beziehe sich konkret auf die 1 Mio. Euro für BERLIN+. Würden damit auch die operativen Ausgaben der Steuerungseinheit der Senatskanzlei bezahlt?

Wann werde die Projektvereinbarung dem Parlament vorgelegt?

Seine Frage zum Thema Bundesbeteiligung sei unbeantwortet geblieben. Die Senatorin habe zwar deutlich gemacht, dass man eine Beteiligung des Bundes erwarte. Sie habe sich aber nicht dazu geäußert, ob aus der Formulierung im Bericht – der Bund werde sich an den Bewerbungs- und Ausrichtungskosten beteiligen – zu schließen sei, dass er sich an den Investitionskosten nicht beteiligen werde. Würde er sich doch an den Investitionskosten beteiligen, würde das ein gehöriges politisches Signal darstellen; der Bericht deute aber in die gegenseitige Richtung.

Dass der DOSB und vielleicht auch der Bund eine nationale Bewerbung anstrebten, sei nachvollziehbar. Er verstehe auch das Konzept der Kooperation Berlins mit anderen Regionen. Er verstehe das Host-City-Konzept des DOSB aber dahingehend, dass man zwar vereinbaren könne, in welchem Rahmen ein Ausrichtergremium zusammengestellt werden solle, als Vertragspartner des IOC komme aber trotzdem nur eine Host City infrage. Diese Stadt gehe dann gegenüber dem IOC in die Verpflichtung, die Bedingungen einzuhalten, und das sei in diesem Fall das Land Berlin. Treffe diese Interpretation zu?

Außerdem erinnere er an seine Frage, wie der Senat die Kalkulation des DOSB für die Bewerbungskosten für die erste und zweite Phase beurteile.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bestätigt, dass mit einem entsprechenden Änderungsantrag zu rechnen sei. Im Senat sei die Verständigung erzielt worden, dass der Einzelplan 05 sämtliche Kosten zu tragen habe und die Senatskanzlei die Mittel im Wege der auftragsweisen Bewirtschaftung abrufen könne. Die Gegenfinanzierung werde in Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Politisch-Administrativer Bereich und Service –, Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben – zu finden sein. In Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport –, Titel 54053 – Veranstaltungen – sei für 2026/2027 zunächst ein Ansatz von jeweils 50 000 Euro vorgesehen worden; dort würden künftig die 6 Mio. Euro zu finden sein.

Der Bund habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um olympiabezogene Aufgaben zu definieren und Kosten zu berechnen. Er habe seine grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung an den Kosten einer Olympiabewerbung und -ausrichtung signalisiert und werde diese auch leisten, denn das sei Voraussetzung der Sportminister gewesen. Konkrete Zusicherungen lägen derzeit noch nicht vor, da die Arbeitsgruppe erst kürzlich eingesetzt worden sei.

Zu der Frage nach den Ausrichtern und danach, wer die Kosten zu tragen habe: Die drei Vertragspartner seien das IOC, der Bund und die Ausrichterstadt. Das IOC werde viel Geld in die Hand nehmen und sich in Deutschland, sofern es ausgewählt werde, an den Kosten beteiligen. Das habe es auch in Paris getan, wie der stellvertretende Bürgermeister der Stadt im Sportausschuss bestätigt habe. Das werde selbstverständlich vertraglich festzuhalten sein, denn die Ausrichterstadt bzw. -städte bräuchten die Sicherheit, dass Bund und IOC sich angemessen beteiligten.

Steffen Zillich (LINKE) prognostiziert, dass das IOC bei der Veranstaltung kein Minus machen werde. Und er bitte erneut um eine Aussage, ob die im Bericht wiedergegebene Äußerung des Bundes, dass es eine grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung an den Kosten einer

Olympiabewerbung und an einer Ausrichtung gebe, signalisiere, dass eine Bereitschaft zu einer Beteiligung an den Investitionskosten nicht bestehe.

André Schulze (GRÜNE) stellt fest, dass die mehrfach erwähnten 6 Mio. Euro nur für die erste Phase der Bewerbung vorgesehen seien. Allerdings liege auch die zweite Phase im Zeitraum des Doppelhaushalts. Welche haushälterische Absicherung sei dafür erforderlich?

Die Fragen der Abgeordneten Tomiak zu Beteiligungsverfahren seien nicht beantwortet worden. Er bitte darum, das nachzuholen. Die Entscheidung des DOSB sei nur noch zehn Monate entfernt, und bis dahin müsse eine Beteiligung bereits stattgefunden haben.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, da die Entscheidung des DOSB erst Ende 2026 erfolgen werde, könnten aktuell noch keine Mittel für die weiteren Phasen einer Bewerbung eingestellt werden. Sollte Berlin ausgewählt werden, werde man dann selbstverständlich weitere Mittel in die Hand nehmen müssen. Sie könne aber keine PMA einstellen oder Ähnliches, solange noch nicht klar sei, ob Berlin überhaupt ausgewählt werde; das widerspräche den Regeln von Haushaltswahrheit und -klarheit. Sollte BERLIN+ ausgewählt werden, werde das Land die Kosten nicht allein zu schultern haben, weil dann auch in den Haushalten der anderen beteiligten Länder Mittel zu Verfügung zu stellen sein würden; diesbezüglich werde man sich zu verständigen haben.

Kaweh Niroomand (Olympiabeauftragter) betont, dem Senat sei sehr daran gelegen, eine möglichst breite Beteiligung in der Stadtgesellschaft zu schaffen. Dafür seien neben vielen kleinen Maßnahmen, die durchgeführt werden sollten, zwei zentrale Anker geschaffen worden: Zum einen solle gemeinsam mit einer Agentur im Zeitraum Februar bis April 2026 ein ca. achtwöchiges Beteiligungsverfahren umgesetzt werden, im Rahmen dessen mit verschiedenen Bürgerformaten von Kieztreffen über Dialoge und Diskussionsrunden bis hin zu Events die Meinungen von Bürgern eingeholt werden sollten. Ebenfalls im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens solle eine Stakeholderabfrage erfolgen, um die Meinungen von Vertretern der Stadtgesellschaft – Verbände, Vereine, andere Organisationen – einzuholen und so weit wie möglich in die Weiterentwicklung des Konzepts einfließen zu lassen.

Der zweite Anker bestehe in einem großen Kuratorium, das aus den Vertretern der Stadtgesellschaft gebildet werde. In diesem Kuratorium würden verschiedenste Menschen als Vertreter der Jugend, von Organisationen, politischen Parteien etc. zusammenkommen. Deren Meinungen würden ebenfalls wichtiger Bestandteil des Beteiligungsverfahrens sein und in das Konzept einfließen.

Ein drittes Instrument sei die Volksinitiative, die in den vergangenen Wochen Fahrt aufgenommen habe. Sie werde bald die erforderliche Anzahl der Stimmen erreicht haben, um ihr Anliegen in das Parlament zu tragen.

Bezüglich der Finanzierung habe er den Eindruck gewonnen, dass in der Debatte verschiedene Phasen und verschiedene Budgets teils vermischt würden. Zunächst gehe es um die Zeit bis September 2026; dafür seien die mehrfach zitierten 5 Mio. bzw. 6 Mio. Euro vorgesehen. Diese Phase ende in dem Moment, da der innerdeutsche Wettbewerb entschieden sei. Sobald der DOSB in Konsultation mit der Bundesregierung entscheide, mit welcher Stadt Deutschland in den internationalen Wettbewerb eintreten wolle, handele es sich nicht mehr um eine

Berliner Bewerbung sondern um eine nationale Bewerbung Deutschlands. Dafür sehe die Bundesregierung Mittel und Budgets vor, und diesbezüglich würden dann weitere Diskussionen stattfinden.

Aktuell sei es noch zu früh, um Details der Budgets zur Umsetzung der Olympischen Spiele zu beurteilen. Das Berliner Budget sei aber von einem Expertengremium als das günstigste eingestuft worden. Es sei so berechnet worden, dass es in sich kein negatives Ergebnis habe. Bezüglich der Anmerkung, dass den Zahlen des IOC vielleicht nicht gänzlich zu trauen sei, weise er darauf hin, dass nach den Olympischen Spielen in Paris der dortige Rechnungshof errechnet habe, dass aus genau diesem Budget die Stadt Paris mit knapp 80 Mio. Euro positiv aus den Spielen herausgegangen sei.

André Schulze (GRÜNE) meint, der Haushaltsgesetzgeber kenne durchaus Wege, mit Fällen umzugehen, in denen eine Veranschlagungsreife individuell noch nicht vorliege; einer sei die Pauschale Mehrausgabe, die auch in vielen anderen Bereichen angewandt werde, um Puffer zu schaffen. Er entnehme der Antwort des Senats nun aber, dass dieser in einer zweiten Bewerbungsphase ggf. einen Nachtragshaushalt vorlegen werde.

Frank-Christian Hansel (AfD) moniert, auch im Hauptausschuss gehe es nicht ausschließlich um Zahlen, sondern er sei auch ein politisches Gremium. Ihn erstaune, mit welch kleinen Einwänden Grüne und Linke sich zu Wort meldeten. Es gebe eine klare parlamentarische Mehrheit für die Olympischen Spiele, und das Klein-Klein sei etwas schäbig angesichts der Herausforderungen für die nächste Generation an Berlinern. Er danke allen an der Organisation Beteiligten für ihre Arbeit.

June Tomiak (GRÜNE) entgegnet, sie halte es nicht für kleinlich, die Berlinerinnen und Berliner im Rahmen von Beteiligungsformaten zu befragen. – Sollten die Kieztreffen und Dialoge in allen Stadtteilen oder wenigstens in allen Bezirken stattfinden? Was sei dort konkret geplant? Werde das Vorgehen durch Umfragen begleitet? Würden die Ergebnisse veröffentlicht, um z. B. regionale Schwerpunkte und die genauen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger feststellen zu können? Wie viele Menschen sollten mit den Maßnahmen erreicht werden? Wie viele Mitglieder solle das Kuratorium haben? Würden sie ernannt oder gewählt?

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, sein Misstrauen und die sich daraus ergebenden kleinteiligen Fragen speisten sich aus entsprechenden Erfahrungen. Er erinnere sich an Finanzierungen von Olympiabewerbungen und auch an die Fragen, die nicht beantwortet worden seien. Für die damalige Olympiabewerbung habe sich herausgestellt, dass die haushaltsmäßige Intransparenz kein Versehen, sondern ein Wesensmerkmal gewesen sei.

Er halte fest, dass er dem Senat nun mindestens dreimal die Möglichkeit gegeben habe, die vorgetragene Deutung der Bundeszusage zu dementieren. Der Senat habe diese Möglichkeit nicht wahrgenommen. Das begreife er als Indiz dafür, dass es nichts zu dementieren gebe. Er nehme also mit, dass es Erwägungen des Bundes hinsichtlich der Beteiligung an den Durchführungs- und Ausrichtungskosten gebe, nicht jedoch an den Investitionskosten.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) wiederholt, die Bundesregierung bekräftige ihre Unterstützung für eine Olympiabewerbung. Das Kabinett habe am 19. November 2025 der für den 4. Dezember geplanten Unterzeichnung einer politischen Vereinbarung zugestimmt.

Staatsministerin Schenderlein habe die Bewerbung zum wichtigsten sportpolitischen Ziel der Koalition erklärt. Die Bundesregierung werde sich massiv an der Finanzierung der Olympischen Spiele beteiligen, wenn es sich um eine nationale Bewerbung handele.

2027 werde sich die dann im Amt befindliche Regierung mit dem Haushalt befassen, den sie vorfinde, und sollte sie zu dem Schluss kommen, dass Korrekturbedarf bestehe, werde sie Änderungen vornehmen, entweder im Rahmen der Haushaltswirtschaft oder durch Nachschiebelisten oder einen Nachtragshaushalt, je nach Prioritätensetzung. Wenn der DOSB nach der Wahl 2026 seine Entscheidung verkünde, würden Haushaltsgesetzgeber und Senat jede Möglichkeit haben, ihre Entscheidungen zu treffen.

Kaweh Niroomand (Olympiabeauftragter) nimmt Bezug auf die Frage nach dem Kuratorium und erläutert, aktuell bestehe es aus 24 Mitgliedern. Bei der Zusammensetzung habe man sich bemüht, die Breite der Stadtgesellschaft abzubilden und dabei auch den Teil mit einem kritischen Blick zu berücksichtigen, nicht nur die Olympiabegeisterten. – Die zum Beteiligungskonzept gestellten Fragen beschäftigten auch ihn selbst; derzeit könne er sie noch nicht beantworten, weil die Agentur noch an dem Konzept arbeite. Es werde aber vollständige Transparenz hergestellt werden.

Steffen Zillich (LINKE) hält fest, er teile die Auffassung der Senatorin, dass jede neue Regierung sich zu dem Thema und den finanziellen Grundlagen werde verständigen müssen. – Die Beteiligung des Bundes insbesondere an den Investitionskosten stelle er deshalb so stark in den Fokus, weil das in seinen Augen das zentrale Beurteilungskriterium dafür sei, ob eine Olympiabewerbung für Berlin sinnvoll sei oder nicht. Denn das entscheide darüber, ob Berlin seine begrenzten Investitionsmittel auf dieses Großprojekt ausrichte, oder ob die Stadt zusätzliche Investitionsmittel erhalte. Bislang hätten bei deutschen Olympiabewerbungen die Austragungsorte keine zusätzlichen Investitionsmittel für die Infrastruktur erhalten. Wenn es nun eine Grundlage für die Annahme gäbe, dass es bei der nächsten Bewerbung anders sein werde, wäre das sehr interessant; der Bericht erwecke diesen Eindruck aber nicht. Wenn der Bund Investitionsmittel in Aussicht gestellt habe, dann wüsste er das gern klar festgehalten.

Kaweh Niroomand (Olympiabeauftragter) weist erneut darauf hin, dass die Budgets auseinanderzuhalten seien. Der Abgeordnete Zillich beziehe sich bereits auf das Jahr der Durchführung der Spiele. Eine vergleichbare Situation habe es in Deutschland lange nicht gegeben; zuletzt hätten Olympische Spiele hier 1972 stattgefunden. Insofern sei alles, was der Abgeordnete Zillich geäußert habe, hypothetisch.

Das zweite Budget für Infrastruktur sei der Grund, weshalb er persönlich und viele andere im Berliner Sport sich für die Olympischen Spiele einsetzten, denn diese würden es nicht nur erforderlich machen, dass z. B. die Max-Schmeling-Halle – die aufgrund einer Olympiabewerbung erst entstanden sei – für die Wettbewerbe aus diesem Budget saniert würde, sondern auch zahlreiche Schul- und Breitensporthallen in deren Umgang, weil dort die teilnehmenden Teams zwischen den Spielen trainieren würden. All diese Ertüchtigungen würden dann aus diesem Budget finanziert. Da es sich ggf. um eine deutsche Bewerbung handeln werde, werde sich die Bundesregierung sehr gut überlegen, ob sie sich nicht daran beteiligen wolle, denn die fraglichen Maßnahmen müssten bis zu einem bestimmten Stichtag fertig sein.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 25 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496, den Bericht rote Nr. 2502 und den Bericht Nr. 1 in der Sammelvorlage rote Nr. 2488 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 26 – Förderprogramm „Sportmilliarde“
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) erinnert an seinen bereits geäußerten Wunsch, dem Hauptausschuss solle über den Inhalt der Projektvereinbarung berichtet werden, sobald diese vorliege. – Bezüglich der Sportmilliarde gehe er davon aus, dass es inzwischen einen anderen Informationsstand gebe als zum Zeitpunkt der Berichterstellung. Daher bitte er um einen aktualisierten Stand, womit konkret zu rechnen sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) betont, die Sportmilliarde sei für den Breiten- wie für den Spitzensport vorgesehen. Zusätzlich stelle der Bund 250 Mio. Euro zusätzlich für die Sanierung von Bädern bereit. SenInnSport werde Anträge für Berliner Sportanlagen und Bäder stellen, entsprechende Unterlagen seien bereits weitgehend vorbereitet. Das betreffe z. B. die SSE und dort insbesondere die Beleuchtung.

Nach der erste Tranche der Sportmilliarde habe der Haushaltsausschuss des Bundestages zuletzt auch die zweite Tranche von gut 330 Mio. Euro freigegeben, es werde also um über 600 Mio. Euro gehen. Länder bzw. Kommunen müssten ihre Anträge beim Haushaltsausschuss einreichen, der darüber entscheiden werde. SenInnSport verfüge über bereits vorbereitete Anträge, die u. a. Fußballrasenplätze betreffen; die genauen Vorgaben des Bundes seien aber noch nicht bekannt. Sobald sich dies ändere, werde die Verwaltung die Anträge entsprechend überarbeiten und einreichen und im Anschluss den Sportausschuss über die konkreten Projekte informieren. Sie fordere alle anwesenden Abgeordneten auf, bei den Vertretern ihrer jeweiligen Partei im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für die Berliner Vorhaben zu werben.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass der Hauptausschuss einen Bericht darüber erhalte, welche Maßnahmen Berlin beantragt habe, wenn dies geschehen sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sagt dies zu.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) teilt mit, Deadline für die Einreichung von Projekten sei der 15. Januar 2026.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 26 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 zur Kenntnis.

Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO –

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
- Beantwortung der Berichtsaufträge aus der**
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 27 – Finanzierungsquellen Berliner Bäder-
Betriebe
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, dass diversen Pressekonferenzen zu entnehmen gewesen sei, dass aus dem Sondervermögen eine weitere Finanzierungsquelle für die Berliner Bäder-Betriebe hinzukomme. Werde das über einen Änderungsantrag etatisiert? In welcher Beziehung stünden insbesondere die Mittel für die drei bisher in der Planung stehenden Funktionsbäder zu den SIWA-Mitteln? Welche Konzeptveränderungen seien damit ggf. verbunden? Oder gehe es nur um Mehrkosten?

Aus der Rücklage sollten 2026 7 Mio. Euro für die Bäder-Betriebe entnommen werden und eine geringe Summe 2027. Dem Bericht zufolge speisten sich die Mittel für Investitionen bei den Bäder-Betrieben aus verschiedenen Quellen, u. a. aus einem investiven Zuschuss, der im Haushalt unter Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen – zu finden sei, und dem ergänzenden Rückgriff auf die Rücklage. Anderen Berichten sei zu entnehmen, dass geplant sei, 2026 ca. 9 Mio. Euro aus der Rücklage zu verausgaben, wobei ein zusätzlicher Risikopuffer für Kostensteigerungen von ca. 2 Mio. Euro vorgesehen sei. Das differiere von den 7 Mio. Euro im Titelanatz. Die Rücklagenfinanzierung sei additiv zu dem bereits erwähnten investiven Zuschuss zu betrachten. Wenn es sich dabei um die fragliche Rücklage handele, müsste sich das aber auch ausgabeseitig ein Einzelplan widerspiegeln. Also müssten die Mittel, die aus dieser Rücklage stammten, zusätzlich ausgabeseitig veranschlagt sein; es sei denn, der investive Zuschuss werde nicht erhöht, anders, als in diversen Vorlagen zu lesen sei. Daher bitte er um Aufklärung, wie sich das verhalte. Oder erfolge die Mittelzuführung aus der Rücklage nicht über den Landeshaushalt? Dann sei aber verwunderlich, dass im Landeshaushalt die Mittel aus der Rücklage vereinnahmt, aber nicht verausgabt würden. Irgendwo fehlten, wenn es über den Landeshaushalt gehe, im Haushalt je nach Bemessung 7 Mio. bis 11 Mio. Euro.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) geht zunächst auf das Sondervermögen ein und erklärt, dort würden evtl. ca. 40 Mio. Euro vorgesehen. Diese Mittel würden dann selbstverständlich in die Bäder-Betriebe fließen.

Zu den Funktionsbädern Spandau, Pankow und Kienberg: Im SIWA seien 68 Mio. Euro veranschlagt. Bezüglich aller drei Bäder seien bestimmte Probleme noch nicht abschließend geklärt bzw. noch Fragen offen. Je nachdem, wie diese schließlich beantwortet würden, könne man hier evtl. auf noch weitere Mittel aus dem Sondervermögen zugreifen. Diese Dinge seien also noch im Fluss; oberste Priorität sei aber, dass die drei Bezirke ihre Wasserflächen wieder zur Verfügung gestellt bekämen.

Thomas Düring (SenInnSport) erläutert zum Buchungsverfahren, die Rücklage sei vor einigen Jahren mit 60 Mio. Euro eingerichtet worden, seither sei sukzessive entnommen worden. Die Mittel gingen, wenn sie entnommen würden, in den Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO – und würden dann in dieser Höhe dem investiven Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen – zusätzlich zugebucht. Die gesamte Rücklagenentnahme werde also im Landeshaushalt abgebildet und bewirtschaftet.

Steffen Zillich (LINKE) wendet ein, das führe zu dem merkwürdigen Umstand, dass im Gesamtsaldo des Haushalts die Einnahme eingeplant sei, die Ausgabe aber nicht. Man könne, wenn man aus einem Rücklagetitel entnehme, einen Merkansatz im Haushalt vorsehen, dem zufolge Mittel in Höhe der Einnahmen daraus dem Ausgabetitel zugeführt würden. Wenn man aber einen Einnahme- und einen Ausgabeansatz habe und die Planungen darauf beruhten, dass das bei der Einnahme veranschlagte „unterwegs“ noch zu dem Ausgabetitel hinzukomme, dort aber nicht veranschlagt sei, liege ein Haushaltsausgleichsproblem vor. Möglicherweise werde dieses Vorgehen schon länger so praktiziert, das müsse dann aber auch in der Vergangenheit zu Problemen im Haushaltsausgleich geführt haben. Wenn eine Einnahme veranschlagt werde und die zweckgebundene Ausgabe aus der Einnahme nicht veranschlagt werde, dann fehle etwas in der Veranschlagung. Möglicherweise könne SenFin hier Aufklärung schaffen.

Oliver Rohbeck (SenFin) erklärt, er verfüge über keine Detailkenntnisse des Einzelfalls, könne aber abstrakt mitteilen, es treffe zu, dass schon bei der Bildung einer Rücklage nach § 62 LHO eine entsprechende Zweckbestimmung vorliege. Diese Zweckbestimmung müsse im Haushaltsvollzug und in der Planung der Zukunft eingehalten werden. Insofern sei die Ausführung des Abgeordneten Zillich korrekt, dass, wenn Rücklagenmittel entnommen würden, im Vollzug auch eine entsprechende Ausgabe aus diesen Rücklagen zu leisten sei. Sonst wäre die Rücklage entweder aufzulösen oder die entnommenen Beträge müssten zurückgeführt werden, sodass sich im Haushaltsvollzug aus diesen beiden Sachverhalten kein Saldo ergeben könne. Zu der Veranschlagungstechnik im konkreten Fall könne er sich ad hoc nicht äußern. Ggf. müsse man Antworten hierzu schriftlich nachreichen.

Steffen Zillich (LINKE) meint, das sei der entscheidende Satz: Es dürfe sich kein Saldo ergeben. – Es ergebe sich aber ein Saldo, nämlich von 7 Mio. Euro. Abgesehen davon werde in der Maßnahmenplanung der Bäder-Betriebe eigentlich von mehr ausgegangen als den 7 Mio. Euro. Insofern bitte er in der Tat um einen Bericht zur Aufklärung des Sachverhalts.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, ein schriftlicher Bericht werde erwartet.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 27 in der Sammelvorlage rote Nr. 2496 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 28 – Kapitalzuführung Berliner Bäder-
Betriebe
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) äußert, der Bericht sei sehr sparsam in der Begründung. Er habe sich eine Erwägung erhofft, weshalb man zu dem Schluss gekommen sei, doch wieder auf eine Kapitalzuführung zurückgreifen zu wollen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht Nr. 28 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 damit zur Kenntnis genommen sei.

Titel 52610 – Gutachten –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 29 – Gutachten zur Vorbereitung der
Olympiabewerbung; Ansatzbildung
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 29 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

[2400 BH](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 1

Ansatz 2026: 10 000 Euro

Ansatz 2027: 10 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 1, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 30 000 Euro

2027: + 30 000 Euro

„a) Mittelverstärkung i. H. v. 30.000 Euro ab 2026 wegen Nachfrage.

b) Der zweite Satz der Erläuterung „Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.“ wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 BH – ohne Aussprache zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**

hier: Nr. 30 – Begründung Ist 2024

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 30 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

[2400 BH](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 2

Ansatz 2026: 450 000 Euro

Ansatz 2027: 450 000 Euro

VE 2026: 250 000 Euro

VE 2027: 250 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 2, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 40 000 Euro

2027: - 40 000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro

VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Absenkung der Mittel um 40.000 Euro ab 2026 zur Gegenfinanzierung.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 BH – ohne Aussprache zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 31 und 32 – Aufteilung Ansatz auf
Teilleistungen sowie Pacht- und Betreiberverträge
Waldbühne**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

[2496](#)
Haupt

June Tomiak (GRÜNE) erkundigt sich, bis wann die Prüfung von Alternativen abgeschlossen sein solle. Außerdem erbitte sie einen Folgebericht zum Sommer 2026.

Vorsitzender Stephan Schmidt bemerkt, der Berichtswunsch sei erfasst.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) legt dar, dass der Pachtvertrag für die Waldbühne Ende 2026 auslaufen werde. Für die Zeit danach prüfe der Senat aktuell unterschiedliche in Betracht kommende Vertrags- und Betriebsoptionen. Der weitere Zeitplan sei abhängig vom Ergebnis dieser Prüfung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Berichte Nrn. 31 und 32 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 damit zur Kenntnis genommen seien.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 3

[2400 BH](#)
Haupt

Ansatz 2026: 50 000 Euro

Ansatz 2027: 50 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 10 000 Euro

2027: - 10 000 Euro

„a) Absenkung der Mittel um 10.000 Euro ab 2026 zur Gegenfinanzierung.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 BH – ohne Aussprache zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 33 – Berlin-Marathon**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

[2496](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 33 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54107 – Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 34 – Prioritätensetzung**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

[2496](#)
Haupt

June Tomiak (GRÜNE) bittet darum, dass SenInnSport den Umfang der Projekte darstelle und eine Gegenüberstellung der Zeiträume bis 2024/2025 und ab 2026 vornehme.

Vorsitzender Stephan Schmidt fragt nach, zu wann der Bericht erwünscht sei bzw. aufgeliefert werden könne.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) merkt an, zunächst sollte geklärt werden, mit welchem Ziel der Bericht angefordert werde. Falls es haushaltsrelevant sei, bestimme sich der Zeitpunkt danach; andernfalls werde der Bericht Ende Januar 2026 erbracht.

June Tomiak (GRÜNE) führt an, ihrer Fraktion gehe es darum, die Auswirkungen der Kürzung zu verstehen. Sie begrüßte es, wenn der Bericht zum Jahresende – spätestens jedoch Ende Januar 2026 – vorgelegt werden könnte.

Paul Wedeleit (SenInnSport) bringt vor, dass sich die im Bericht beschriebenen Kürzungen auf die Einzelprojekte bezögen. In der Sammelvorlage an den Sportausschuss seien diese bereits unter dem Titel aufgelistet worden. Insofern könne die entsprechende Übersicht noch einmal zur Restelesung zur Verfügung gestellt werden. Letztlich werde kein Projekt gestrichen. Angestrebt werde, das im Umfang, im Ausmaß, in der Wahl des Marketingmixes und möglicherweise durch mehr Sachleistungen, die man über den Hauptstadtmarketingvertrag erhalte, zu kompensieren. Im kommenden Jahr stehe zudem keine übergroße Sportveranstaltung an. Insofern erschienen die etwas reduzierten Mittel als ausreichend.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, der Bericht zur Restelesung werde so festgehalten. – Der Bericht Nr. 34 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 4

[2400 BH](#)
Haupt

Ansatz 2026: 7 270 000 Euro
Ansatz 2027: 7 495 000 Euro

VE 2026: 1 500 000 Euro
VE 2027: 1 500 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 5 000 Euro
2027: - 35 000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Absenkung der Mittel in TA 1, ‚an die Velomax Hallenbetriebs GmbH für die Nutzung der Max-Schmeling-Halle (MSH) und des Velodroms‘ i. H. v. 5.000 Euro in 2026 und i. H. v. 35.000 ab 2027 zur Gegenfinanzierung.

b) Anpassung der Tabelle: TA 1, Aufwendungsersatz an die Velomax Hallenbetriebs GmbH für die Nutzung der Max-Schmeling-Halle (MSH) und des Velodroms 2026: 5.765.000 € 2027: 5.960.000 €“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 BH – ohne Aussprache zu.

Titel 68276 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der großen Mehrzweckhallen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 5

[2400 BH](#)
Haupt

Ansatz 2026: 6 779 000 Euro
Ansatz 2027: 7 050 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 5, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 20 000 Euro

2027: - 40 000 Euro

„a) Absenkung der Mittel i. H. v. 20.000 Euro in 2026 und i. H. v. 40.000 Euro ab 2027 zur Gegenfinanzierung.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 BH – ohne Aussprache zu.

Mitberaten wird:

- | | |
|---|---|
| a) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / III E / IV A – vom 27.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 23 – Instandhaltungsmaßnahmen Velodrom
und Max-Schmeling Halle
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) | <u>2496</u>
Haupt |
| b) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / III E / IV A – vom 27.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 36 – Pacht- und Betreibervertrag
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum)
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) | <u>2496</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage |

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 23 und 36 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68402 – Zuschuss an die DKLB-Stiftung –

Mitberaten wird:

- | | |
|--|--------------------------------------|
| Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / III E / IV A – vom 27.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 35 – Verteilung der Lotto-Mittel im Bereich
des Sports
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) | <u>2496</u>
Haupt |
|--|--------------------------------------|

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 35 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 5 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 37 – Aufbau eines unabhängigen Zentrums**
für Safe Sport
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 37 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68419 – Förderung des Sports –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 6 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 BH](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 6

Ansatz 2026: 36 940 000 Euro
Ansatz 2027: 36 890 000 Euro

VE 2026: 3 838 000 Euro
VE 2027: 2 938 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 6, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 45 000 Euro

2027: + 90 000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro

VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Absenkung der Mittel in TA 1, ‚Allgemeine Verbandsförderung‘ i. H. v. 68.000 Euro ab 2026 zur Gegenfinanzierung.

Mittelverstärkung von TA 17, ‚Fairtrade im Sport Zuschuss zur Förderung fair gehandelter Sportausstattungen‘ i. H. v. 25.000 Euro ab 2026 als Kompensation der Kürzung und zur Stärkung der Nachhaltigkeit im Sport.

Absenkung der Mittel in TA 21, ‚Zuschuss an Spitzensportverbände des DOSB für die Beschäftigung von Trainerinnen und Trainern an Bundesstützpunkten Berlins sowie für hauptamtliches Leitungspersonal im Leistungssport (Bundesstützpunktleiter/in)‘ i. H. v. 25.000 Euro ab 2026 zur Gegenfinanzierung.

Absenkung der Mittel in TA 23, ‚Teilhabeprogramm Schwerpunkt 3 Frauen und Mädchen‘ i. H. v. 77.000 Euro ab 2026 zur Gegenfinanzierung.

Ergänzung der Erläuterung in TA 26, ‚Zuschüsse für nationale und internationale Sportveranstaltungen‘.

Mittelverstärkung von TA 32, ‚Zuschüsse für die Bundeslehr - und Forschungsstätte DLRG‘ i. H. v. 50.000 Euro in 2026

Mittelverstärkung von TA 33, ‚Zuschuss zur Förderung des Behinderten - und Rehabilitations-Sportverbands Berlin e.V. (BSBerlin)‘ i. H. v. 40.000 Euro in 2026 und 140.000 Euro ab 2027 zur Stärkung der Inklusion im Sport.

Mittelverstärkung von TA 35, ‚Zuschuss an den Berliner Fußball -Verband für das Mädchenfußballprojekt‘ i. H. v. 100.000 Euro ab 2026 als Kompensation der Kürzung.

b) Anpassung der Tabelle:

TA 1, Allgemeine Verbandsförderung

2026: 3.613.000 €

2027: 3.613.000 €

TA 17, Fairtrade im Sport Zuschuss zur Förderung fair gehandelter Sportausstattungen

2026: 25.000 €

2027: 25.000 €

Ergänzung der Erläuterung zu TA 17 wie folgt: ‚Vorrangig sind Anträge von Vereinen zu berücksichtigen, die das Programm bisher höchstens einmal genutzt haben.‘

TA 21, Zuschuss an Spitzensportverbände des DOSB für die Beschäftigung von Trainerinnen und Trainern an Bundesstützpunkten Berlins sowie für hauptamtliches Leitungspersonal im Leistungssport (Bundesstützpunktleiter/in)

2026: 1.145.000 €

2027: 1.145.000 €

TA 23, Teilhabeprogramm Schwerpunkt Frauen und Mädchen

2026: 300.000 €

2027: 300.000 €

TA 26, Zuschüsse für nationale und internationale Sportveranstaltungen

2026: 2.550.000 €

2027: 2.550.000 €

Ergänzung der Erläuterung zu TA 26 wie folgt: ‚Zur Durchführung des Internationalen Stadionsportfestes (ISTAF) ist in den Jahren 2026 und 2027 eine Festbetragsfinanzierung von jeweils 150.000 Euro vorzusehen. Darüber hinaus bleibt die Überlassung des Olympiastadions möglich, wenn dafür die Voraussetzungen erfüllt sind.‘

TA 32, Zuschuss für die Bundeslehr - und Forschungsstätte der DLRG

2026: 140.000 €

2027: 90.000 €

Ergänzung der Erläuterung zu TA 32 wie folgt: ‚50.000 Euro in 2026 sind als Planungsmittel für die Sanierung der Liegenschaft am Pichelssee 20-21, 13595 Berlin einzusetzen.‘

TA 33, Zuschuss zur Förderung des Behinderten - und Rehabilitations- Sportverbands Berlin e.V. (BSBerlin)

2026: 369.000 €

2027: 369.000 €

Ergänzung der Erläuterung zu TA 33 wie folgt: ‚50.000 Euro pro Jahr sind für die Förderung von Projekten einzusetzen, die Berliner Sportvereine befähigen, inklusive Sportangebote zu machen.‘

TA 35, Zuschuss an den Berliner Fußball-Verband für das Mädchenfußballprojekt

2026: 100.000 €

2027: 100.000 €

Erläuterungen werden entsprechend angepasst.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 BH – ohne Aussprache zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 38 – Teilansätze 19, 23, 24 und 26 sowie
Nr. 39 - Teilansätze 17 und 35
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 38 und 39 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne
Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 68472 – Zuschüsse an Organisationen des Sports für die Bewerbung um
Großveranstaltungen –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 40 – Olympiabewerbung inkl. geplantem
Personaleinsatz
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 40 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache
zur Kenntnis.

Titel 68506 – Zuschüsse an die Berliner Bäder-Betriebe –

Mitberaten wird:

- a) Vertraulicher Bericht SenInnSport – IV A 31 – vom
06.11.2025

[2063 C](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Wirtschaftsplan 2026
Berliner Bäder-Betriebe AöR und BBB
Infrastruktur GmbH & Co. KG
gemäß Auflage A. 8 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

- b) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496-1](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 24 – Rücklagen Berliner Bäder-Betriebe
(vertrauliche Anlage)

- c) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 41 – Verteilung der Zuschüsse auf einzelne
Bäder; Leistungen Bäderbetriebe
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

[2496](#)
Haupt

Der **Ausschuss** verständigt sich auf Anregung des Abgeordneten Zillich auf eine gemeinsame Beratung der drei Punkte.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, er gehe davon aus, dass die Wirtschaftspläne in der vorliegenden Form am vorgestrigen Tage beschlossen worden seien. Eine Mittelfristplanung liege bedauerlicherweise einmal mehr nicht vor. Eine solche sei jedoch nötig, um einen Eindruck zu gewinnen, wie die jeweils mit Gesamtsummen aufgelisteten Maßnahmen finanziell und zeitlich genau umgesetzt werden sollten. Wenn bei den einzelnen Maßnahmen vermerkt werde, dass die Finanzierung gesichert sei, bleibe unklar, auf welche Haushaltsplanung und Haushaltsmittel sich das beziehe und inwieweit die Maßnahmen in einem Zusammenhang oder in Konkurrenz zueinander stünden. Aus einer Mittelfristplanung ließe sich sowohl die Prognose der weiteren Entwicklung als auch die Umsetzung von Investitionsmaßnahmen zumindest summarisch ablesen. Wann könne mit einer Mittelfristplanung der Berliner Bäder-Betriebe gerechnet werden?

June Tomiak (GRÜNE) weist darauf hin, dass für das Stellen und Beantworten ihrer Fragen die Vertraulichkeit hergestellt werden müsste. Dies beantrage sie hiermit.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, zunächst sollten die Fragen des Abgeordneten Zillich beantwortet werden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bekräftigt, der Aufsichtsrat habe im Rahmen seiner Sitzung am 17. November 2025 die Wirtschaftspläne und die Mittelfristplanung beschlossen. Als der entsprechende Bericht erstellt worden sei, hätten diese noch nicht vorgelegen. Als Vorsitzende des Aufsichtsrats der Berliner Bäder-Betriebe – BBB – habe sie festgelegt, dass die Anzahl der Aufsichtsratssitzungen erhöht werden solle, um das Parlament als Haushaltsgesetzgeber schneller informieren zu können.

Steffen Zillich (LINKE) bekundet, er begrüße die Aussage der Senatorin. Den Wirtschaftsplan einschließlich Mittelfristplanung bekomme der Ausschuss gewiss umgehend übersandt. Hinsichtlich der roten Nr. 2496-1 bitte er in diesem Zusammenhang um eine Aktualisierung, was die Jahresscheiben und Finanzierungsquellen der einzelnen Maßnahmen angehe. – Darüber hinaus erscheine es wünschenswert, wenn im Rahmen des Berichts eine Betrachtung der Investitionszuschüsse im allgemeinen Sinne und deren Aufteilung auf die Berliner Bäder-Betriebe AöR und die BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG erfolgen könnte.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bemerkt, das sage sie zu. Dazu habe sich der Aufsichtsrat ebenso verständigt.

Vorsitzender Stephan Schmidt schließt zur weiteren Beratung die Öffentlichkeit aus.

Für die Fortsetzung der Protokollierung siehe nichtöffentliche Anlage zum Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Öffentlichkeit wiederhergestellt sei.

Titel 68523 – Ausgabenersatz an die BBB für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an landeseigenen Bädern –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 42 – Prioritätensetzung - Konsequenzen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 42 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 7

[2400 BF](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 43 – NFL-Veranstaltungsserie
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, ob er es richtig sehe, dass laut Bericht keine Lizenzkosten oder Ähnliches anfielen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bekundet, das könne sie ad hoc nicht sagen und werde es nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Der Bericht Nr. 43 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 83110 – Kapitalzuführung an die Berliner Bäder-Betriebe –

Mitberaten wird:

- a) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 44 – Werthaltigkeit von Investitionen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 44 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 45 – Finanzierung Kapitalzuführung;
geplante Maßnahmen; Maßnahmen Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) schildert, da die Vorständin der BBB zugegen sei, wolle er eine Nachfrage zum Klimapakt stellen. Er lese die Untersetzung der Bäder-Betriebe im Klimapakt so, dass beispielsweise eigene Maßnahmen der Energieerzeugung, die durchaus auch für die BBB infrage kämen, konkret im Rahmen des Klimapakts nicht vorgesehen seien. Vielmehr würden Maßnahmen genannt, mit denen Wärme und Strom eingespart werden könnten. Sei diese Sichtweise zutreffend?

Marie Rupprecht (Berliner Bäder-Betriebe; Vorständin) bestätigt, dass Ihr Unternehmen die Schwerpunkte eher auf die Energieoptimierung und weniger auf die Selbsterzeugung von Energie gelegt habe. In Bezug auf die grundhafte Sanierung eines bestehenden Bades – hinzu kämen noch Teilsanierungen sowie kleinere energetische Maßnahmen – rechneten die BBB mit einer Energieeinsparung im Umfang von 20 bis 40 Prozent bei dem Betreiben des betreffenden Standorts. So gesehen steige nicht nur die Qualität des Standorts und sinke nicht nur die Ausfallwahrscheinlichkeit bei einer grundhaften oder Teilsanierung, sondern damit werde perspektivisch Energie eingespart und bestenfalls der konsumtive Zuschuss entlastet.

Steffen Zillich (LINKE) unterstreicht, dass das Energieeinsparpotenzial bei dem Betrieb eines Bades erheblich sei. Daher erscheine das Vorgehen sinnvoll. Dessen ungeachtet wolle er wissen, ob die Berliner Bäder-Betriebe Verabredungen etwa mit den Berliner Stadtwerken getroffen hätten, um auf den Dächern der Bäder Photovoltaikanlagen zu installieren, sodass dies möglicherweise bei dem Partnerunternehmen zu Buche schlage.

Marie Rupprecht (Berliner Bäder-Betriebe; Vorständin) stellt klar, dass auf Photovoltaik – PV – bezogene Maßnahmen neben den Solarabsorbern und den Beckenabdeckungen im Pakt enthalten seien. In Kontakt sei man noch nicht; es gelte, die Haushaltsgesetzgebung abzuwar-

ten. Es gebe verschiedene Marktanbieter in dem Bereich; die naheliegenden würden dann selbstverständlich zuerst kontaktiert. Allerdings könnten PV-Anlagen schon aus Gründen der Statik nicht auf jedem Dach errichtet werden. Dies sei alles im Vorfeld der Anmeldungen geprüft worden. Die geeigneten Dächer habe ihr Unternehmen angemeldet, und dankenswerterweise habe der Senat das erst einmal so beschlossen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass der Bericht Nr. 45 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 damit zur Kenntnis genommen sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) kommt noch einmal zurück auf den Bericht Nr. 43 und die Frage nach den Lizenzkosten. Hinsichtlich NFL oder NBA fielen keinerlei Kosten für Lizenzen an. Alle Mittel, die das Land Berlin einsetze, blieben hier und erwiesen sich als nachhaltig. – Insofern erübrige sich möglicherweise der ursprünglich nötige Bericht.

Der **Ausschuss** verfährt entsprechend.

Titel 89360 – Zuschüsse an Sportorganisationen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 46 – Zuschüsse 2024; neue
Prioritätensetzung
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)**

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 46 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0511 – Olympiapark Berlin –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 47 – Veranstaltungen, auch unter dem
Aspekt des Schallschutzes u. a. Auflagen; Pacht- und
Betreibervertrag Waldbühne
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)**

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 47 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
Haupt
lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport –
hier nur Maßnahmen mit Sportbezug

Titel 51915 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –
Schulsanierungsprogramm (SchulSP) und Sportanlagen-sanierungsprogramm
(SportSP) –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 48 – Einsparung ggü. 2025 und**
Nr. 49 - Auswahl Projekte; Erika-Hess-Stadion
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

June Tomiak (GRÜNE) äußert die Bitte, dass SenInnSport einen Folgebericht mit den Anmeldungen der Bezirke zu Ende Januar 2026 anfertige.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) verweist darauf, dass ihr Haus ohnehin regelmäßig berichte, als Nächstes zu Ende Februar 2026. Insofern erübrige sich die Berichtsbitte möglicherweise.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält Einvernehmen dazu fest, dass sich die Berichtsbitte erledigt habe. – Die Berichte Nrn. 48 und 49 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 seien damit zur Kenntnis genommen.

Titel 51940 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –
SchulSP/SportSP – für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: **Nr. 50 – Sport-Liegenschaft am Breiten Luch**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 50 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0520 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Verfassungsschutz –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: **Nr. 51 – Novelle des Verfassungsschutzgesetzes**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 51 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54006 – Besondere Aufgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 9

[2400 BF](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Titel 51453 – Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05

hier: Nr. 52 – Erläuterung „Mehr“

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 52 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0531 – Polizei Berlin – Behördenleitung –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05

hier: Nr. 53 – Polizeistrukturereform

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 53 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 10

[2400 BF](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Kapitel 0532 – Polizei Berlin – Landespolizeidirektion –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a1) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 3 – Bußgeldstelle
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)
- a2) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 54 – Bußgeldstelle
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

June Tomiak (GRÜNE) erkundigt sich, wie sich der Zeitplan für die Verhandlungen zwischen SenInnSport und SenFin gestalten und seit wann die Verhandlungen ggf. liefen. Zum Sommer 2026 erbitte sie einen Folgebericht über den dann aktuellen Stand.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) sagt zu, dass der erwünschte Bericht aufgeliefert werde, wenn die Verhandlungen, die derzeit liefen, abgeschlossen seien.

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, seit wann die Verhandlungen bereits liefen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bekundet, das laufe schon mehrere Jahre. Seit ihrem Amtsantritt als Innensenatorin habe sie das Thema, auch hier im Ausschuss, angesprochen. Sie hoffe auf eine gute Lösung, denn der Wirtschaftsplan für die Bußgeldstelle sei wichtig.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Berichte Nrn. 3 und 54 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 damit zur Kenntnis genommen seien.

- b) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 7 – Polizeihubschrauber
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 7 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11151 – Gebühren nach der Gebührenordnung für die Benutzung polizeilicher Einrichtungen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**

hier: **Nr. 55 – Gebührenarten**

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 55 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 11

[2400 BF](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**

hier: **Nr. 56 – Bußgeldverfahren gegen**

Feuerwehrfahrzeuge im Einsatz und

Nr. 57 - Ist 2024

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Christian Goiny (CDU) gibt an, der Vorgang an sich sei schon befremdlich gewesen, doch auch die Antwort in Bericht Nr. 56 leuchte ihm noch nicht ein. Zunächst sei es für ihn nicht nachvollziehbar, warum in der Bußgeldstelle das Verfahren geändert worden sei, das im Übrigen zu Mehrarbeit in einigen Verwaltungen geführt habe, insbesondere bei der Berliner Feuerwehr. – In einem Folgebericht zur ersten Sitzung im Januar 2026 bitte er um eine Darstellung dessen, was die Sonderrechte genau beinhalteten. Er habe nicht verstanden, warum dann, wenn Einsatzfahrzeuge von Polizei und Feuerwehr unter Nutzung von Sonderrechten unterwegs seien, ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet werde. Seien etwa die Geräte nicht in der Lage zu erkennen, dass es sich um ein Fahrzeug im Einsatz handle? – Daran könnte ggf. gearbeitet werden. Oder gebe es Aspekte, die nicht von den Sonderrechten im Einsatz umfasst seien und folglich Gegenstand der Erfassung einer Ordnungswidrigkeit sein könnten?

– Die nun geltenden Kriterien erschienen ihm merkwürdig. Warum würden Stichproben erhoben, und inwiefern stellten diese ein geeignetes Mittel dar? Zudem interessiere ihn, warum die Fahrzeuge von Polizei und Feuerwehr im Einsatz nicht mehr als 20 km/h schneller fahren dürften. Welche Rechtsgrundlage bestehe hierfür? – Das Ziel müsse sein, die Einsatzkräfte nicht ohne Not Mehrarbeit und der Gefahr einer persönlichen Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten auszusetzen. Die Neuregelung nehme er als Irrweg wahr. In all den Jahren davor habe die Behörde nach seiner Auffassung rechtmäßig gehandelt. Inwiefern sei eine Rechtsänderung ausschlaggebend für die Neuregelung gewesen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erinnert daran, dass ihr diese Fragen vor nicht allzu langer Zeit im Plenum gestellt worden seien. Der angeforderte Bericht werde dennoch geliefert. – Zur Sache: Auf den vorliegenden Standbildern sei zuweilen nicht zu erkennen, dass es sich um Kolleginnen und Kollegen im Einsatz handle. In solchen Fällen könne es sein, dass diese Mitteilungen von der Bußgeldstelle erhielten. – Zu Geschwindigkeitsüberschreitungen im Einsatz von mehr als 20 km/h gebe es Rechtsprechung. – Ungeachtet dessen gelte es, die Kolleginnen und Kollegen im Einsatz zu schützen.

Christian Goiny (CDU) macht geltend, dass eine Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber den eingesetzten Beamtinnen und Beamten bestehe. Die Neuregelung sei überraschend, wenn nicht gar hinterrücks gekommen. Entsprechend müsste es Dienstanweisungen geben, die das klar regelten; dann wäre das ein anderer Sachverhalt. Sich über die Bußgeldstelle einen Weg zu einem Ermittlungsverfahren zu eröffnen, der nicht mit einer Dienstanweisung an die Einsatzkräfte einhergehe, sei nach seinem Dafürhalten nicht zulässig. Es sollte ein Verfahren gewählt werden, mit dem die unnötige Verwaltungspraxis nicht mehr zum Tragen komme. Nötigenfalls müsse bessere Kamera- bzw. Überwachungstechnik beschafft werden. Das Ganze dürfe nicht auf dem Rücken von Polizisten und Feuerwehrleuten ausgetragen werden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) stellt heraus, es dürfte bekannt sein, dass sie als Innensenatorin ihre Fürsorgepflicht für die Kolleginnen und Kollegen umfänglich wahrnehme. – Im Kontext der Fragen im Plenum habe sie sich den Vorgang erst einmal anschauen müssen; sie sei genauso erschrocken gewesen wie ihr Vorredner. Mittlerweile habe ihr Haus gegengesteuert; im Bericht werde das alles erläutert.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest. – Die Berichte Nrn. 56 und 57 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 seien damit zur Kenntnis genommen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

hierzu:

Austauschseite zum Änderungsantrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen (rote Nummer 2400 BF)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
Austauschseite: lfd. Nr. 12

[2400 BF-1](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF-1 – ohne Aussprache ab.

Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 58 – Stau bei der Wartung und
Instandhaltung
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 58 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52512 – Verkehrserziehung –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 59 – Verkehrserziehung
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 59 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 63102 – Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen und Versetzungen – Titel 63202 – Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 60 – Ansatzerhöhung 2027 bei Ersatz von
Personalausgaben
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 60 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81110 – Polizeiboote –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: **Nr. 61 – Aktueller Stand der Umrüstung der
Polizeiboote**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 61 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81212 – Sicherung/Videoschutz von Polizeiliegenschaften und Schutzobjekten

–

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 13

[2400 BF](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: **Nr. 62 – Personaleinsparungen durch Einsatz
von technischen Schutzmaßnahmen bei der
Sicherung von Polizeiliegenschaften und
Schutzobjekten und Nr. 63 - Folgekosten**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 62 und 63 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
Haupt
lfd. Nr. 14

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 64 – Betriebskosten Bodycams**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 64 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81230 – Drohnen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 65 – Drohnen**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass zu Ende Mai 2026 ein Folgebericht zur Verfügung gestellt werde, in dem der Stand und die Umsetzung der Anschaffungsstrategie der entsprechenden Technik dargestellt werden mögen. Berichtet werden solle auch zu einer möglichen Veranschlagung im Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) sagt zu, dass der Bericht geliefert werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Der Bericht Nr. 65 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 81232 – Videoaufklärung –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
Haupt
lfd. Nr. 15

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 15 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 66 – Videoaufklärung – Maßnahmen und**
Folgekosten
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 66 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0543 – Polizei Berlin – Landeskriminalamt –
Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –

Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –
Titel 81212 – Schutzausstattung Polizei – investiv –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025
Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 67 – Schutzhelme**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

June Tomiak (GRÜNE) bringt vor, sie interessiere, wie hoch die Stückkosten der Schutzhelme im Kernhaushalt und im Sondervermögen jeweils seien. Handele es sich um unterschiedliche Helme? Liege der Gesamtbeschaffungswert der Helme im Kernhaushalt unterhalb oder oberhalb von 5 000 Euro? Worin bestehe die Sachgesamtheit bei den Helmen aus dem Sondervermögen, während es bei den Helmen aus dem Kernhaushalt keine Sachgesamtheit gebe? Warum seien die Helme einmal aufteilbar, einmal aber nicht?

Kerstin Alms (SenInnSport) bemerkt zunächst, offensichtlich reiche die Darstellung im Bericht nicht aus. Bei den Mitteln für Schutzhelme im Kernhaushalt handele es sich vor allem um Ersatzbeschaffungen, nicht um eine Erstausrüstung mit einer besonderen Funktion der Helme. Wie im Bericht dargelegt, sollten etwa 140 Helme beschafft werden. Aus dem Sondervermögen sollten besonders gute Helme beschafft werden, die bislang nicht vorhanden seien. Daher habe ihre Verwaltung das als Gesamtmaßnahme, so, wie es technologisch vorher veranschlagt worden sei, im Sondervermögen bei den investiven Kosten veranschlagt.

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, warum, Stichwort: Sachgesamtheit, die Beschaffung in dem einen Bereich teilbar sei und in dem anderen nicht.

Kerstin Alms (SenInnSport) bekundet, ihr sei nicht klar, was ihre Vorrednerin mit „teilbar“ meine. Eine abgeschlossene Investitionsmaßnahme, die den Betrag von 5 000 Euro übersteige, könne im investiven Bereich veranschlagt werden. Für eine Ersatzbeschaffung werde üblicherweise auf die konsumtiven Titel zurückgegriffen.

June Tomiak (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion könne sich den Sachverhalt nun erschließen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass der Bericht Nr. 67 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 damit zur Kenntnis genommen sei.

Kapitel 0552 – Polizei Berlin – Polizeiakademie –

Titel 52703 – Dienstreisen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05

hier: **Nr. 68 – CO2-Abgabe und Angabe zum Gender**

Budget

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 68 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0556 – Polizei Berlin – Direktion Zentraler Service –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenInnSport – III E 11 – vom 01.10.2025 [1387 F](#)
**Straßenbahndepot Belziger Straße in Tempelhof-
Schöneberg** Haupt
**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke**
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)

June Tomiak (GRÜNE) merkt an, aus dem vorliegenden Bericht ergäben sich Folgefragen. In Hinblick auf die Passage

„Der Bezirk und die Senatsverwaltung für Inneres und Sport haben grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen über die zukünftige Nutzung der Liegenschaft. Der Bezirk stellt den Bedarf für ein Blaulichtmuseum grundsätzlich nicht infrage, hält den Ort aber für nicht geeignet. Der Bezirk ist zudem an dortige Beschlusslagen gebunden, die eine andere Nutzung vorsehen.“

wolle sie wissen, wie SenInnSport damit umgehe, dass der Bezirk Tempelhof-Schöneberg an eine Beschlusslage mit einer anderen Nutzung gebunden sei.

Kerstin Alms (SenInnSport) führt aus, dass grundsätzlich zwei Interessenlagen bestünden: zum einen die von ihrem Haus vertretene, dort ein Museum unterzubringen, zum anderen die von SenKultGZ gestützte Situation; dort sei mit dem Bezirk das eine oder andere besprochen und beschlossen worden, was mit dem Kulturprojekt umgesetzt werden solle. Da momentan weder SenInnSport noch SenKultGZ finanzielle Mittel hätten, ruhe das Ganze. Am Ende müsse sich der Senat bzw. das Abgeordnetenhaus darauf verständigen, welches Projekt umgesetzt werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) fügt an, der Merkansatz im Haushaltsplan passe zu der Aussage, dass das Ganze erst einmal ruhe. – Formal anmerken wolle er, dass die Kriterien und unterschiedlichen Abwägungsprozesse, die in der Machbarkeitsstudie erwähnt worden seien, in Bezug auf das Blaulichtmuseum aus Sicht von seiner Fraktion insgesamt problematisch seien. Er behalte sich vor, detaillierte Fragen dazu einzureichen.

Den Bericht habe er so verstanden, dass zwar anerkannt werde, dass der Bezirk partizipative Verfahren angewandt habe, die Ergebnisse aber nicht berücksichtigt worden seien, da bislang ein formales Interessenbekundungsverfahren gefehlt habe. Könne der Bezirk das noch nachholen, damit die Interessen des Bezirks hinsichtlich einer soziokulturellen Nutzung noch Berücksichtigung fänden?

Wenn SenInnSport darauf abhebe, dass final das Abgeordnetenhaus entscheiden müsse, sei ihm nicht klar, auf welcher Grundlage das erfolgen solle. Sei damit ein Haushaltsbeschluss gemeint? Mit was für einer Vorlage vom Senat könne man rechnen?

Zum Blaulichtmuseum: Seine Fraktion habe ursprünglich auch nach den Kosten gefragt, die im Betrieb entstünden; diese hätten im Bericht nicht genannt werden können, da das nicht Teil der Machbarkeitsstudie gewesen sei. Einerseits verstehe er das, andererseits sollte bei einer Entscheidung dafür klar sein, welche Kosten anfielen. – Im Bericht werde mit Blick auf „Miet-, Betriebs- und Nebenkosten“ auf einige Titel verwiesen, die die Polizei Berlin und die Berliner Feuerwehr betreffen. Er bitte um eine schriftliche Aufschlüsselung, welche Kosten damit genau gemeint seien. Ihn verwunderte es, wenn auch die Feuerwehr aktuell an den Mieten für das Grundstück beteiligt wäre.

Steffen Zillich (LINKE) äußert die Einschätzung, die Situation sei gut zusammengefasst worden: Es gebe eine derzeit noch von der Polizei genutzte Immobilie. Diese Nutzung habe absehbar ein Ende. Für Umbauten für weitere Nutzungen stehe aktuell kein Geld zur Verfügung. – Gleichzeitig bestünden Interessen im Bezirk, fachpolitische Interessen sowohl bei SenKultGZ als auch bei SenInnSport, wobei sich die Innenverwaltung, überspitzt gesagt, nach dem Motto „Was wir haben, haben wir“ verhalte. Darin liege die Schwierigkeit. Es gelte, in irgendeiner Form zu einer politischen Verabredung hinsichtlich einer Konzeptauswahl zu kommen. Entscheidend sollte das Konzept sein, nicht aber, wer aufgrund einer Nutzung, die ein Ende haben solle, derzeit über die Liegenschaft verfüge.

Wie erkläre sich die Aussage im Bericht, dass nur das Abgeordnetenhaus auf Vorlage des Senats beschließen könne, dass ein Konzeptwettbewerb stattfinden solle? – Erforderlich sei, zu einem Punkt zu gelangen, an dem man eine vernünftige Öffnung hinsichtlich der Prüfung der unterschiedlichen Konzepte, die vorlägen, vornehme. Auf dieser Grundlage sei eine Umsetzungsstrategie zu entwickeln, die eher mittelfristiger Natur sein werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) erklärt, er schließe sich seinem Vorredner an. In der Tat handele es sich um eine verfahrenere Situation, die geklärt werden müsse. Auch die Kriterien müssten verdeutlicht werden, die an den Standort anzulegen seien. – Er habe es bisher so verstanden, dass die Polizei anstrebe, die Belziger Straße leerzuziehen und unterzubringende Fahrzeuge zentral am auszubauenden Standort im Nordosten zu bündeln. Realistisch betrachtet sei ein solches Projekt, in den Dimensionen, wie es gerade angelegt werde, nicht zu stemmen; sein Vorredner habe bereits auf eine mittelfristige Perspektive verwiesen. Vor diesem Hintergrund wolle er wissen, ob sich vor einer finalen Projektrealisierung noch Zwischennutzungsmöglichkeiten ergäben. Seien die beiden betroffenen Senatsverwaltungen diesbezüglich gesprächsbereit? Die Frage, ob Zwischennutzungen der Vorfläche, aber auch einzelner Bereiche der Hallen ermöglicht werden könnten, idealerweise unter Einbeziehung des Bezirks und der lokalen Akteure, richte sich auch an SenFin.

Kerstin Alms (SenInnSport) führt mit Blick auf den Bezirk an, dass, wie im Bericht dargestellt, ein Treffen zwischen Staatssekretär Hochgrebe und Bezirksbürgermeister Oltmann stattgefunden habe. In der Machbarkeitsstudie sei auch der Bezirk berücksichtigt: Im Entree des Museums lägen verschiedene Veranstaltungsbereiche, die genauso für den Bezirk vorgesehen seien.

Zur Frage, welches Konzept mittelfristig umgesetzt werden solle: Der Standort Belziger Straße werde nach wie vor für die Sicherstellung von Fahrzeugen durch die Polizei benötigt. Nicht alle Gefährte, die momentan sichergestellt werden müssten, könnten am Standort Cecilienstraße untergebracht werden. Sowohl aus jenen Kapazitäts- als auch aus finanziellen

Gründen sei nicht mit einer kurzfristigen Entscheidung für ein Konzept zu rechnen. Im Übrigen hätten Feuerwehrfahrzeuge aus der historischen Sammlung an den Standort Belziger Straße verbracht werden müssen, da die Bundeswehr von SenInnSport die Zahlung einer Miete gefordert habe. Daher sei die Entscheidung getroffen worden, den Mietkreislauf in den Landeshaushalt zu integrieren. Eine alternative Unterbringungsmöglichkeit für jene historischen Fahrzeuge bestehe nicht.

Steffen Zillich (LINKE) stimmt zu, dass eine Entscheidung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht getroffen werden könne. Aus der Tatsache, dass dort historische Feuerwehrfahrzeuge stünden, ergebe sich noch kein Museum. Eine neue Situation ergäbe sich dann, wenn man sagte, der gegenwärtige Zustand werde dauerhaft bestehen. Er bitte um eine Auskunft darüber, ob das der Stand sei oder ob die Einschätzung vorherrsche, dass die Nutzung für sicher gestellte Fahrzeuge eine endliche sei. – Des Weiteren wolle er noch einmal nachfragen, an welcher Stelle und warum auf das Abgeordnetenhaus verwiesen werde, wenn es um die Frage eines Wettbewerbs gehe. – Allgemein gehe er davon aus, dass es bei der Beendigung einer Landesnutzung einer Liegenschaft des Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin – SILB – keinen Automatismus bezogen auf den Zugriff für eine Folgenutzung gebe. Vielmehr müsse dann so entschieden werden, wie über die Verwendung von Landesimmobilien entschieden werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde im Nachgang noch einmal die teilweise unbeantwortet gebliebenen Fragen einreichen. – An dieser Stelle wolle er vor allem festhalten, dass Bezirk und SenInnSport nach seinem Verständnis mit einem „agree to disagree“ auseinandergegangen seien. Die angesprochene Möglichkeit, dass der Bezirk Räumlichkeiten mitnutze, sei weit entfernt von den bezirklichen Vorstellungen eines soziokulturellen Zentrums für den Kiez. Die Argumente seien allesamt bekannt und mehrfach hier vorgebracht worden. Bei dem Standort Belziger Straße handele es sich um eine der wenigen öffentlichen Flächen in Schöneberg-Süd, die neu geplant werden könnten. – Die Frage nach der Rolle des Abgeordnetenhauses möge, wenn möglich, mündlich beantwortet werden.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) legt dar, aus der Sicht ihrer Verwaltung seien die Fragen so weit beantwortet. Wenn sich weitere Fragen ergäben, bitte sie darum, diese schriftlich einzureichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, das sei bis Freitag um 12 Uhr beim Ausschussbüro möglich und werde so festgehalten. – Der Bericht rote Nr. 1387 F sei damit zur Kenntnis genommen.

- b) Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 69 – Eigenreparaturen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)**

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 69 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 63115 – Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den
Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 BF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
lfd. Nr. 16

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

**Titel 81235 – Beistellungen zur Anbindung der KoopLSt an die Anwendungen der
Polizei Berlin –**

Titel 81252 – Ablösung Alttechnik Firewall (Sicherheitsgateway) zentral –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 70 – Gesamtkosten und Jahresscheiben**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 70 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des
Landes Berlin –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 71 – Verhandlungsstand**
Hauptstadtfinanzierungsvertrag und
Versorgungsausgaben
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) lenkt mit Blick auf die Ausgangsfrage, warum in Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin – 35 Mio. Euro für Versorgungsbezüge eingestellt seien, die Aufmerksamkeit auf folgende Passage im Bericht:

„Entsprechend des Senatsbeschlusses über die Eckwerte für den Doppelhaushalt 2026/2027 ist die Einpassung der landesweiten Versorgung in den Gesamthaushalt sichergestellt. Die Ausgaben werden im Einzelplans 05 nachgewiesen.“

Daraus resultiere die Frage, was in Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten – noch veranschlagt sei. 35 Mio. Euro seien zwar grundsätzlich viel Geld, aber im Verhältnis zu den Versorgungsausgaben des Landes Berlin wenig Geld. Die Frage, wie die Abgrenzung vorgenommen werde, sei nicht beantwortet. Vielmehr werde der Eindruck erweckt, dass in Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin – sämtliche Versorgungsbezüge des Landes Berlin dargestellt seien. Üblicherweise würden die Versorgungsausgaben in Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten – veranschlagt. Nur in ganz bestimmten Einzelfällen erfolge die Veranschlagung in anderen Kapiteln. – Er bitte um Aufklärung des Sachverhalts.

Katrin Dube (SenFin) macht geltend, dass es hier um die Ist-Ausgaben gehe, die hauptstadtbedingt bei den Versorgungsausgaben anfielen. Im Jahr 2024 seien dies ebenfalls 35 Mio. Euro gewesen. Der Nachweis, der im Kontext des Hauptstadtvertrags wichtig sei, werde weiterhin dort erfolgen. Das ändere nichts daran, dass die zentrale Veranschlagung der Gesamtausgaben in Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten – vorgenommen werde.

Steffen Zillich (LINKE) sagt, das könne man so machen, was die Ist-Ausgaben betreffe, auch deshalb, um gegenüber dem Bund die Personalausgaben in Bezug auf die hauptstadtbedingte Sicherheit vollumfänglich darstellen zu können. Ungeachtet dessen gehe er davon aus, dass das in Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten – in der Veranschlagung abgesetzt sei und dort nicht noch einmal veranschlagt sei. Wie werde dieser Betrag gebildet? Dass das die gesamten Versorgungsausgaben der Polizei seien, könne er sich nicht vorstellen. Handele es sich um einen hauptstadtbedingten Anteil, der anhand der Einsatzstunden ermittelt und auf die Versorgungsausgaben projiziert werde? – In jedem Fall bitte er um die Bestätigung, dass hier keine Doppelveranschlagung vorliege.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) betont, seine Verwaltung könne ausschließen, dass es sich um eine Doppelveranschlagung handele.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) kommt zunächst darauf zu sprechen, dass sie mehrfach öffentlich gesagt habe, dass die 120 Mio. Euro, die das Land Berlin für hauptstadtbedingten Leistungen für einen Zeitraum von zehn Jahren vom Bund erhalte, nicht ausreichen. Sie verweise in diesem Zusammenhang auf die veränderte Lage und nenne exemplarisch die Gesamtzahl von mehr als 7 000 Demonstrationen – in Vorjahren waren es teils 3 000 gewesen –, die sich überwiegend auf den Bund bezögen; auch Staatsgäste müssten geschützt werden. Im Ansatz 2025 bestehe ein Fehlbetrag in Höhe von 46 Mio. Euro. Im Ansatz 2026 steige jene Differenz, die das Land zur Verfügung stellen müsse, auf 63 Mio. Euro und im Ansatz 2027 auf 70 Mio. Euro. Ende November komme man landesseitig mit dem Bund zusammen, um den Hauptstadtfinanzierungsvertrag neu zu verhandeln. Für Berlin nähmen der Finanzsenator, der Regierende Bürgermeister und sie als Innensenatorin daran teil. Aus ihrer Sicht sollte der Vertrag nicht zehn Jahre lang gelten oder doch zumindest eine Dynamisierung des dann ausgehandelten Betrags über die Jahre hinweg enthalten. Alternativ könnten auch Auf-

gaben, die bislang das Land Berlin übernehme – etwa der Zentrale Objektschutz –, an den Bund abgegeben werden.

Eine Doppelveranschlagung finde überdies nicht statt. Darauf werde in den Haushaltsverhandlungen, auch mit SenFin, gemeinsam geachtet.

Steffen Zillich (LINKE) bekundet, er wolle nichts in Abrede stellen, was die Verhandlungsstrategie gegenüber dem Bund betreffe; das sei alles richtig. Ihn interessiere lediglich, wie der Betrag von 35 Mio. Euro gebildet werde. Er rege an, dass der Senat ihm in geeigneter Form dazu einen Hinweis gebe.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) ergänzt, die Personen, die darunterfielen, seien die des Zentralen Objektschutzes, der Bereitschaftspolizei und der Feuerwehr. Damit habe ihr Vorredner schon einmal einen Überblick, wen das betreffe. Der Rest werde schriftlich erläutert.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. – Der Bericht Nr. 71 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 sei damit zur Kenntnis genommen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Titel 43204 – Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05

hier: **Nr. 72 – Neusortierung der Ausgaben;**

hauptstadtbedingte Versorgungsausgaben

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 72 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr – Behördenleitung –
Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 73 – Erklärung des Anstiegs und Gründe
für externen Dienstleister und Nr. 74 - Erklärung
der Verdreifachung der Mittel
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)**

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 73 und 74 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne
Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr – Zentraler Service –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 75 - Sanierung von Feuerwachen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)**

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 75 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache
zur Kenntnis.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 5

[2400 BI](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 BI –
ohne Aussprache ab.

Titel 52610 – Gutachten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 BF
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05	Haupt
lfd. Nr. 17	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 BF
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05	Haupt
lfd. Nr. 18	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

- | | |
|--|-------------------------|
| a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion | 2400 BI |
| Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 | Haupt |
| lfd. Nr. 6 | |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 BI – ohne Aussprache ab.

- | | |
|--|-------------------------|
| b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 2400 BF |
| Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 | Haupt |
| lfd. Nr. 19 | |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: **Nr. 76 - Fortschreibung Teilansätze und
Erläuterung der Absenkung**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 76 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81120 – Löschboote –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: **Nr. 77 - Forschungsprojekt Feuerwehr-
Löschboot mit Wasserstoffantrieb**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 77 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 51168 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die
verfahrensabhängige IKT –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 20

[2400 BF](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 20 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 BF – ohne Aussprache ab.

Titel 51170 – Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT –

Keine Wortmeldung.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 78 - Bodycams
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 78 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Neuer Titel – Erneuerung des Fuhrparks der Berliner Feuerwehr, Freiwilligen Feuerwehr und des Katastrophenschutzes –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 BI](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
lfd. Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 BI – ohne Aussprache ab.

Kapitel 0566 – Berliner Feuerwehr – Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie –

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A / [2496](#)
III E / IV A – vom 27.10.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 79 - Auslagerung von Ausbildungskompo-
nenten; Kostengegenüberstellung interne und
externe Bereitstellung; Gründe für die niedrige VE
für 2031
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 79 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten –
Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung –**

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: Nr. 80 - Maßnahmenempfehlungen aus der
Organisationsuntersuchung zum Vollzug des
Personenbeförderungsgesetzes und Kontrollen im
PKW-Gelegenheitsverkehr
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)**

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 80 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0581 – Landesamt für Einwanderung –

Neu: Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
lfd. Nr. 7

[2400 BI](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 BI – ohne Aussprache ab.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten –

**Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –
hier: Maßnahmengruppe 05 – Infrastrukturinvestitionen der SV für Inneres
und Sport –**

Titel 81101 – Lösch-Hilfeleistungsfahrzeuge –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 81 - Ersatz-/Neubeschaffungen**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 81 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81103 – Hubrettungsfahrzeuge –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 82 - Ersatz-/Neubeschaffungen**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 82 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81150 – Fahrzeuge des Katastrophenschutzes –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05
hier: **Nr. 83 - Ersatz-/Neubeschaffungen**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 83 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81179 – Fahrzeuge –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: **Nr. 84 - Beschaffung von Fahrzeugen**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 84 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81211 – Beschaffungen für den Katastrophen-/Zivilschutz –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: **Nr. 85 - Katastrophenschutzleuchttürme**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 85 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81232 – Videoaufklärung –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: **Nr. 86 - Videoaufklärung**
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) bittet um einen Folgebericht bis Mai 2026, in dem der Stand der Beschaffung dargestellt werde. Dabei möge, wenn möglich, auf den Planungsstand hinsichtlich Anschaffungskosten, Betriebskosten und Personalaufwand sowie auf die Ergebnisse der Marktanalyse bezüglich potentieller Lieferanten eingegangen werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, er sehe zustimmendes Nicken der Senatorin. Der Berichtsauftrag sei so festgehalten. – Im Übrigen sei der Bericht Nr. 86 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 damit zur Kenntnis genommen.

Titel 89120 – Neubau von Wachen der Freiwilligen Feuerwehr –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 87 - Maßnahmen und Mittel je Maßnahme
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 87 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89311 – Zuschüsse an Organisationen im Inland für Investitionen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 88 - Mittelverteilung auf die Hilfsorgani-
sationen; Abbildung im Bewirtschaftungskonzept
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 88 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81266 – Umsetzung der EU-NIS2- Richtlinie –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenInnSport – ZS C / ZS D / II A /
III E / IV A – vom 27.10.2025

[2496](#)
Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 05**
hier: Nr. 89 - Geplante Maßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 89 der Sammelvorlage rote Nr. 2496 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass die zweite Lesung des Einzelplans 05 – Inneres und Sport – damit abgeschlossen sei.

An dieser Stelle wird aufgerufen:

Inneres und Sport – 05

Punkt 2 A der Tagesordnung

Schreiben SenInnSport – ZS C 3 – vom 27.10.2025

[2506](#)

Verlagerung von temporären Sperren innerhalb der Hauptgruppe (HGr.) 4 – Personalausgaben (Anlage 9 zum HG 24/25) und Inanspruchnahme der durch das Abgeordnetenhaus verstärkten Personaltitel im Wege der Deckungsfähigkeit im Rahmen des Jahresabschlusses

Haupt

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** dem Schreiben rote Nr. 2506 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.